

Das D A CH-Reformbarometer

Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz

– Ausgabe 2007 –

**Gemeinsame Studie
des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln,
der Wirtschaftskammer Österreich und
von Avenir Suisse**

von Benjamin Scharnagel, Jörg Mahlich und Alex Beck

Köln, Wien, Zürich im November 2007

Inhalt

Zusammenfassung	5
1 Einleitung	7
2 Bestandsaufnahme	10
3 Reformpolitik in den einzelnen Ländern	16
3.1 Deutschland	16
3.2 Österreich	23
3.3 Schweiz	30
4 Reformpolitische Lehren	38
4.1 Deutschland	39
4.2 Österreich	40
4.3 Schweiz	41
5 Methodische Hinweise	42
6 Literaturverzeichnis	45
7 Die beteiligten Institute	46
8 Die Autoren	47

Zusammenfassung

In Deutschland, Österreich und der Schweiz brummt die Wirtschaft. Doch der Reformeifer hat diesseits und jenseits des Bodensees merklich nachgelassen. Dies ist das zentrale Ergebnis des „D A CH-Reformbarometers“, welches das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Avenir Suisse, Thinktank der Schweizer Wirtschaft, zum dritten Mal präsentieren. Für den Zeitraum Oktober 2006 bis September 2007 haben die drei Projektpartner sämtliche Reformen in den drei Nachbarländern auf den Feldern Arbeitsmarkt, soziale Sicherung sowie Steuern und Finanzen untersucht.

Ernüchterndes Fazit der detaillierten Analyse: Die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung und Wachstum haben sich insgesamt kaum verbessert. Die drei Länder nutzen die günstige Wirtschaftslage nicht, um sich für die Globalisierung, die Alterung der Gesellschaft und den Strukturwandel fit zu machen.

- Die große Koalition in **Österreich**, die seit Jahresbeginn in Amt und Würden ist, droht den reformpolitischen Bonus ihrer Vorgängerin zu verspielen: Der österreichische Reformbarometerwert ist binnen Jahresfrist um 2,4 Zähler von 114,5 auf 112,1 Punkte gefallen.
- Für **Deutschland** weist das Reformbarometer im September 2007 denselben Wert aus wie ein Jahr zuvor: Nach seinem bisherigen Allzeithoch von 113,6 Punkten noch im April 2007 dümpelt der Indikator nun wieder bei 109,2 Zählern.
- Allein die **Schweiz** hat etwas an Boden gut gemacht. Sie konnte sich gegenüber dem Vorjahr um knapp 2 Zähler verbessern – allerdings liegt sie mit 105,3 Punkten weiterhin deutlich hinter ihren Nachbarn.

Österreich. In Wien hat die seit Jahresbeginn regierende große Koalition aus Sozialdemokraten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP) den Rückwärtsgang eingelegt. So hat sie beispielsweise die Rentenreform der Vorgängerregierung aufgeweicht, sich auf höhere Krankenkassenbeiträge geeinigt oder den Weg für Mindestlöhne geebnet. Der Verzicht auf die verfassungswidrige Erbschaft- und Schenkungsteuer konnte diese Fehlentscheidungen nicht ausgleichen.

Deutschland. Die große Koalition von CDU/CSU und SPD war bis zum Frühjahr 2007 auf recht gutem Wege. Es überwogen noch positive Weichenstellungen wie der Beschluss, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken, oder – wenn auch schon mit Abstrichen – die Reform der Unternehmensbesteuerung. Dann begann in Berlin jedoch das reformpolitische Straucheln: Die geplante flächendeckende Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne und die Pflegereform, die mit höheren Beiträgen starten und die Leistungspalette ausweiten soll, schickten das Reformbarometer auf Talfahrt.

Schweiz. Im Wahljahr 2007 wurden keine großen Reformanstrengungen mehr unternommen. Die erzielten Fortschritte beruhen vor allem auf dem Abschluss von Vorlagen, die bereits früher in die Wege geleitet worden sind. Dazu zählen die Reform der Invalidenversicherung (5. IV-Revision) sowie die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). In einem ungünstigeren Licht erscheint das reformpolitische Aufholen der Schweiz zu seinen Nachbarn dadurch, dass es primär auf Rückschritte in Österreich und Stillstand in Deutschland zurückzuführen ist als auf eigene Tatkraft.

Die gute Konjunktur verleitet die Regierungen in Berlin, Wien und Bern zum Nichtstun oder lässt sie gar die Spenderhosen anziehen. In der Schweiz bremste zudem der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen und in Österreich die zähe Regierungsbildung den Reformelan. Dabei sind viele hausgemachte Probleme wie die hohe Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland, das ineffiziente Gesundheitssystem in Österreich oder die steigende Abgabenlast in der Schweiz nach wie vor ungelöst.

1 Einleitung

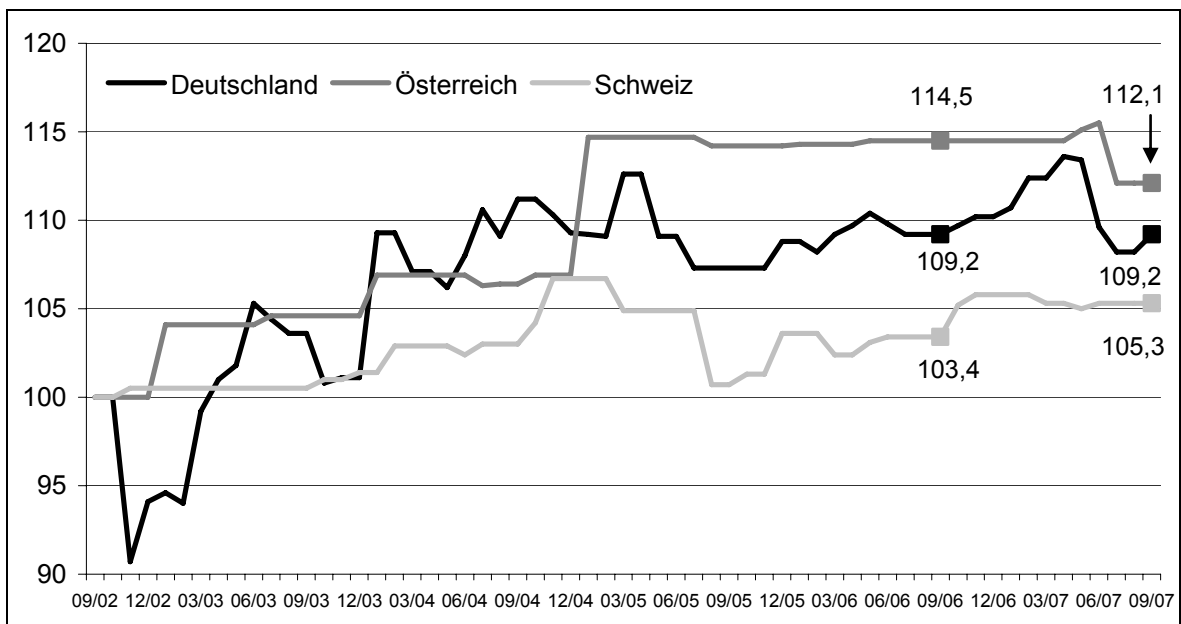
Sowohl die voranschreitende Globalisierung als auch die demographische Alterung der Bevölkerung sind weltweit wirksame Kräfte, welche die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den entwickelten Industrienationen nachhaltig verändern. Kein Land kann sich diesen Entwicklungen entziehen. Sie erfordern politische Maßnahmen, will man auch in Zukunft den erreichten Wohlstand und Wachstum sichern.

Wie rüsten sich Deutschland, Österreich und die Schweiz für die Zukunft? Antwort darauf gibt das D A CH-Reformbarometer, welches das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Avenir Suisse mit dieser Aktualisierung zum dritten Mal präsentieren (Abbildung 1-1). Es erfasst systematisch die wirtschaftspolitischen Vorhaben und Maßnahmen der Regierungen und Parlamente in diesen drei Ländern und bewertet sie anhand eines einheitlichen Kriterienkatalogs. Berücksichtigt werden dabei die Reformen in den drei Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik sowie Steuer- und Finanzpolitik. Gerade weil Deutschland, Österreich und die Schweiz Nachbarländer mit großen wirtschaftlichen, kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten sind, können daraus auch gegenseitige Lehren gezogen werden: Welche Reformerfolge sind nachahmenswert, welche Misserfolge sind zu vermeiden?

Abbildung 1-1

Das Reformbarometer für Deutschland, Österreich und die Schweiz

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: IW Köln, Wirtschaftskammer Österreich, Avenir Suisse

Das Reformbarometer wird bereits seit September 2002 fortgeführt, wobei das Ausgangsniveau für alle Länder auf 100 Punkte gesetzt wurde. Werte über 100 zeigen eine Verbesserung, Werte unter 100 bedeuten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Gegenstand der Analyse ist das politische Handeln. Die Politikfolgenabschätzung erfasst hingegen nicht die Entwicklung wichtiger volkswirtschaftlicher Kennziffern; eine entsprechende Bestandsaufnahme bietet Kapitel 2.

Seit 2002 haben sich die Voraussetzungen für Beschäftigung und Wachstum in allen drei Ländern verbessert. Ende September 2007 nimmt das Reformbarometer folgende **Niveaus** an (September 2002 = 100):

- | | |
|-----------------------|--------------|
| 1. Österreich | 112,1 Punkte |
| 2. Deutschland | 109,2 Punkte |
| 3. Schweiz | 105,3 Punkte |

Über den ganzen Betrachtungszeitraum hinweg weist Österreich mit 112,1 Punkten weiterhin die beste Reformbilanz auf. Es folgen Deutschland mit 109,2 und die Schweiz mit 105,3 Punkten. Dabei ist die Reformdynamik in den drei Ländern sehr unterschiedlich gewesen.¹

Im Mittelpunkt dieser Studie steht die Periode von Oktober 2006 bis September 2007. Zwar ist die Rangfolge mit Blick auf das Niveau gleich geblieben, doch liegt die Schweiz bezüglich der **Reformdynamik** diesmal vor ihre beiden Nachbarn:

1. Die **Schweiz** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1,9 Zähler.
2. Für **Deutschland** hat sich das Reformbarometer per saldo nicht verändert.
3. In **Österreich** ist binnen Jahresfrist ein Rückschritt um 2,4 Punkte zu verzeichnen.

Die Reformpolitik in der **Schweiz** ist – anders als in Deutschland und Österreich – weniger stark von Wahlzyklen bestimmt. Aufgrund der direkten Demokratie und des ausgeprägten Föderalismus bleiben praktisch alle relevanten Kräfte in einer „großen Koalition“ eingebunden. Die Reformbilanz der Schweiz ist seit 2002 mit 105,3 Punkten vergleichsweise bescheiden. Erfreulich ist daher, dass die Schweiz im letzten Jahr gegenüber Deutschland und Österreich reformpolitisch etwas aufgeholt hat. Die Verbesserung ist auf leichte Fortschritte in allen drei Teilindikatoren zurückzuführen. Am deutlichsten sind sie im Bereich der Sozialpolitik ausgefallen. Beispielsweise konnte hier die 5. IV-Revision zum Abschluss gebracht werden. Überdies hat der Bundesrat in der kapitalgedeckten beruflichen Vorsorge eine Anpassung des zu hohen Rentenumwandlungssatzes initiiert, um erhebliche Quersubventionierungen der Rentergeneration durch die aktive Bevölkerung zu vermeiden. Die Vorlage steht allerdings auf tönernen Füßen, hat sie doch das Parlament – im Wahljahr 2007 – vorerst verwässert und anschließend zum vorläufigen Scheitern gebracht. Hingegen hat das Parlament – nach langwieriger Vorbereitung – mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) eine gewichtige Vorlage unter Dach und Fach gebracht. Die Steuerstruktur wird dadurch wachstumsfreundlicher. In einem weniger günstigen Licht erscheint das reformpolitische Aufholen der Schweiz zu seinen Nachbarn allerdings dadurch, dass es in erster Linie auf Reformrückschritte in Österreich und Reformstillstand Deutschland zurückzuführen ist als auf eigene Tatkraft.

Für **Deutschland** weist das Reformbarometer im September 2007 denselben Wert auf wie ein Jahr zuvor und signalisiert damit, dass das schwarz-rote Regierungsbündnis in Berlin mit seiner „Politik der kleinen Schritte“ nicht vorangekommen ist. Dabei befand sich die große Koalition bis zum Frühjahr 2007 auf recht gutem Wege: Mit einem Anstieg auf den bisherigen Höchstwert von 113,6 Punkten hätte der deutsche Reformindikator beinahe sein österreichi-

¹ Eine ausführliche Analyse der Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit September 2002 findet sich in Scharnagel/Mahlich/Beck, 2006.

sches Pendant eingeholt. Damals überwogen grundsätzlich richtige Weichenstellungen wie die weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung oder die Reform der Unternehmensbesteuerung Fehlentscheidungen wie höhere Beiträge zur Rentenversicherung oder die Verwässerung der „Rente mit 67“. Im Juni 2007 brachten hingegen zwei grundlegende Beschlüsse die große Koalition ins reformpolitische Straucheln: Dabei handelt es sich um das Bemühen um die flächendeckende Einführung branchenspezifischer Mindestlöhne und die Pflegereform, die mit höheren Beiträgen starten soll und die Leistungspalette ausweitet. Nur die Nachricht aus dem Bundesfinanzministerium über den für 2007 zu erwartenden deutlichen Abbau des gesamtstaatlichen Defizits konnte gerade noch verhindern, dass der Indikator nicht unter dem Vorjahreswert liegt. Allerdings könnte dies nur ein kurzer Ausschlag nach oben sein. Denn Schwarz-Rot hat – außerhalb des gemeinsamen Bewertungszeitraums – beschlossen, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer wieder zu verlängern und damit eine der wesentlichen Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre rückgängig zu machen.

In **Österreich**, wo seit Januar 2007 eine große Koalition aus Sozialdemokraten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP) regiert, hat sich die Reformdynamik ebenfalls abgeschwächt: Der Indikator ging von 114,5 Punkten im September 2006 auf 112,1 Punkte im September 2007 zurück. Die nachlassenden reformpolitischen Ambitionen sind zu einem großen Teil auf das gute konjunkturelle Umfeld zurückzuführen, welches die Politik offenbar in den irrigen Glauben versetzt, dass es nun keinen Reformbedarf mehr gäbe. Ganz im Gegenteil hat man in Österreich sogar einige Reformen der Vorgängerregierung zurückgenommen und beispielsweise den Zugang zur Frühpensionierung wieder erleichtert. Darüber hinaus ist eine große Koalition auch strukturell weniger handlungsfähig als eine mit absoluter Mehrheit regierende Partei bzw. eine Koalition aus einem großen und einem kleinen Partner. Wenn sich eine große Koalition nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann, wird das Problem im Zweifel vertagt. In Deutschland scheinen derzeit ganz ähnliche Erfahrungen gemacht zu werden.

2 Bestandsaufnahme

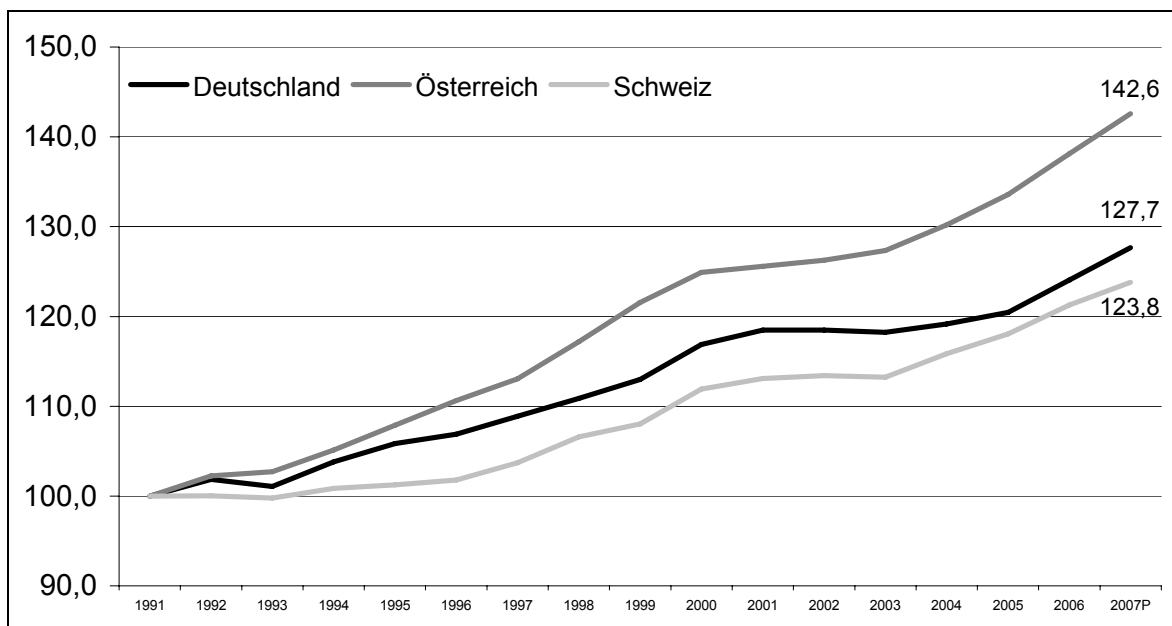
Die Politikfolgenabschätzung des D A CH-Reformbarometers findet vor dem Hintergrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Ausgangssituationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Daher erfolgt zunächst eine Bestandsaufnahme zu wichtigen volkswirtschaftlichen Kennziffern der drei Nachbarn. Neben dem realen Wirtschaftswachstum gehören dazu das Pro-Kopf-Einkommen als Wohlstandsmaßstab, die Erwerbslosenquote, der Anteil von Sozialabgaben und Steuern am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sowie der Finanzierungssaldo des Staates. Inwieweit die Politik in Deutschland, Österreich und der Schweiz zwischen Oktober 2006 und September 2007 die Rahmenbedingungen für eine Veränderung dieser Größen beeinflusst hat, wird in Kapitel 3 beschrieben und bewertet.

Abbildung 2-1 verdeutlicht, dass Österreich seit 1991 von den betrachteten drei Ländern am stärksten gewachsen ist. Zwischen 1991 und 2007 stieg das BIP in Österreich real um 42,6 Prozent, in Deutschland lediglich um 27,7 Prozent. Die Schweiz ist mit einem Wachstum von 23,8 Prozent Schlusslicht.

Abbildung 2-1

Deutschland, Österreich und die Schweiz im Wachstumsvergleich

Reales Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 2000, 1991 = 100



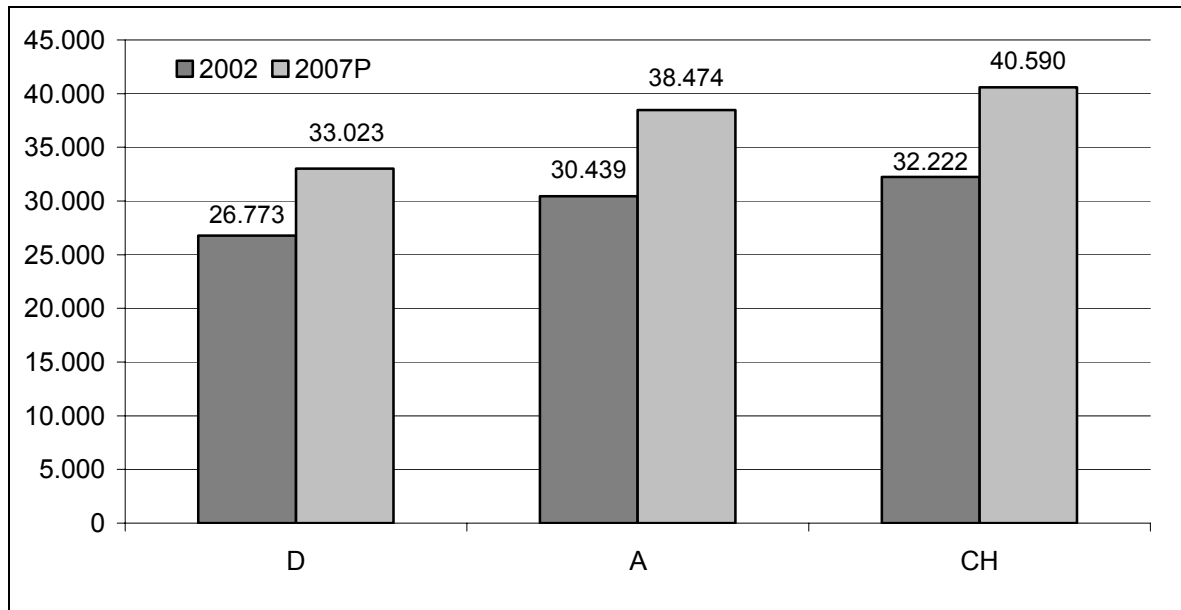
Quelle: OECD (2007a), eigene Berechnungen.

Ein anderes Bild ergibt sich hingegen, wenn man nicht das reale Bruttoinlandsprodukt bzw. sein Wachstum, sondern das Pro-Kopf-Einkommen als Wohlstandsmaßstab heranzieht. Der Vergleich von Veränderungsraten alleine ist noch nicht aussagekräftig, um zu einem ausführlichen Bild zu kommen, da natürlich auch die Basis berücksichtigt werden muss. Hier weist die Schweiz das höchste Wohlstandsniveau von allen drei Ländern auf (Abbildung 2-2).

Abbildung 2-2

Pro-Kopf-Einkommen

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, in US-Dollar, kaufkraftbereinigt



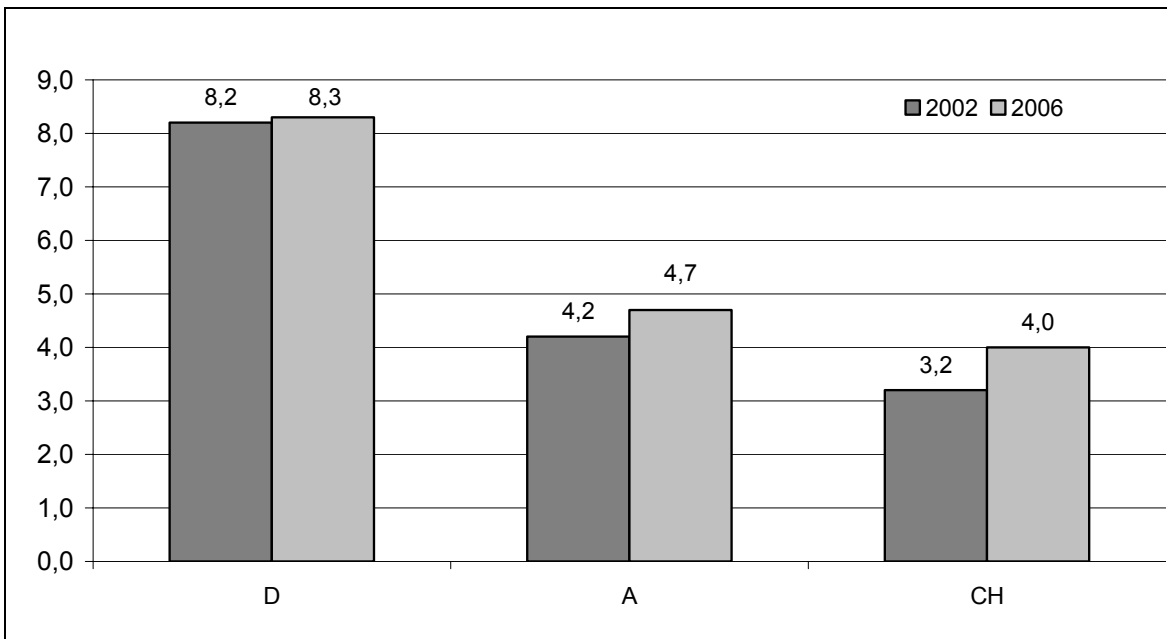
Quelle: IWF (2007)

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert in seinem jüngsten World Economic Outlook für die Schweiz in diesem Jahr ein kaufkraftbereinigtes BIP von 40.590 US-Dollar je Einwohner. Damit liegt die Schweiz vor Österreich und Deutschland an der Spitze. Das österreichische Pro-Kopf-Einkommen entspricht mit 38.474 US-Dollar knapp 95 Prozent des schweizerischen Wertes; in Deutschland beläuft es sich 2007 auf 33.023 US-Dollar. Während das Pro-Kopf-Einkommen in der Schweiz und Österreich zwischen 2002 und 2007 um gut ein Viertel zulegte, wuchs es in Deutschland nur um ein knappes Viertel. Entsprechend fiel das deutsche BIP je Einwohner von 83 auf 81 Prozent des schweizerischen Pro-Kopf-Einkommens bzw. von 88 auf knapp 86 Prozent des österreichischen Pro-Kopf-Einkommens zurück.

Abbildung 2-3

Standardisierte Arbeitslosenquote

Erwerbslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen (ILO-Definition)



Quelle: OECD (2007a)

Die aktuellsten, international vergleichbaren Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Arbeitslosigkeit beziehen sich auf das Jahr 2006 (Abbildung 2-3). Danach ist die Arbeitslosigkeit in der Schweiz und in Österreich zwischen 2002 und 2006 gestiegen – mit 0,8 Prozentpunkten am stärksten in der Schweiz, die allerdings mit 4,0 Prozent nach wie vor die geringste standardisierte Arbeitslosenquote aufweist.² Österreich lag mit einer Quote von 4,7 Prozent noch weit unter den Werten der großen kontinental-europäischen Volkswirtschaften. Die deutsche Arbeitslosenquote ist mit 8,3 Prozent im letzten Jahr nur noch etwas höher als im Jahr 2002 – ist aber immer noch fast doppelt so hoch wie in den Alpenrepubliken. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der unrühmliche Höchststand von 9,5 Prozent im Jahr 2004 wieder verlassen wurde. Dank der guten Konjunktur ist der Anteil der Erwerbslosen an den zivilen Erwerbspersonen auch in den andern Ländern von vorübergehend höheren Werten wieder deutlich gefallen. Zudem halten der Beschäftigungsaufbau und der Rückgang der Arbeitslosigkeit auch in diesem Jahr an. In der Schweiz herrschen gegenwärtig konjunkturelle Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die nur dank einem beträchtlichen Zustrom an Arbeitskräften aus dem Ausland in Grenzen gehalten werden können. Auch in Deutschland und Österreich nimmt der Mangel an qualifizierten Fachkräften zu.

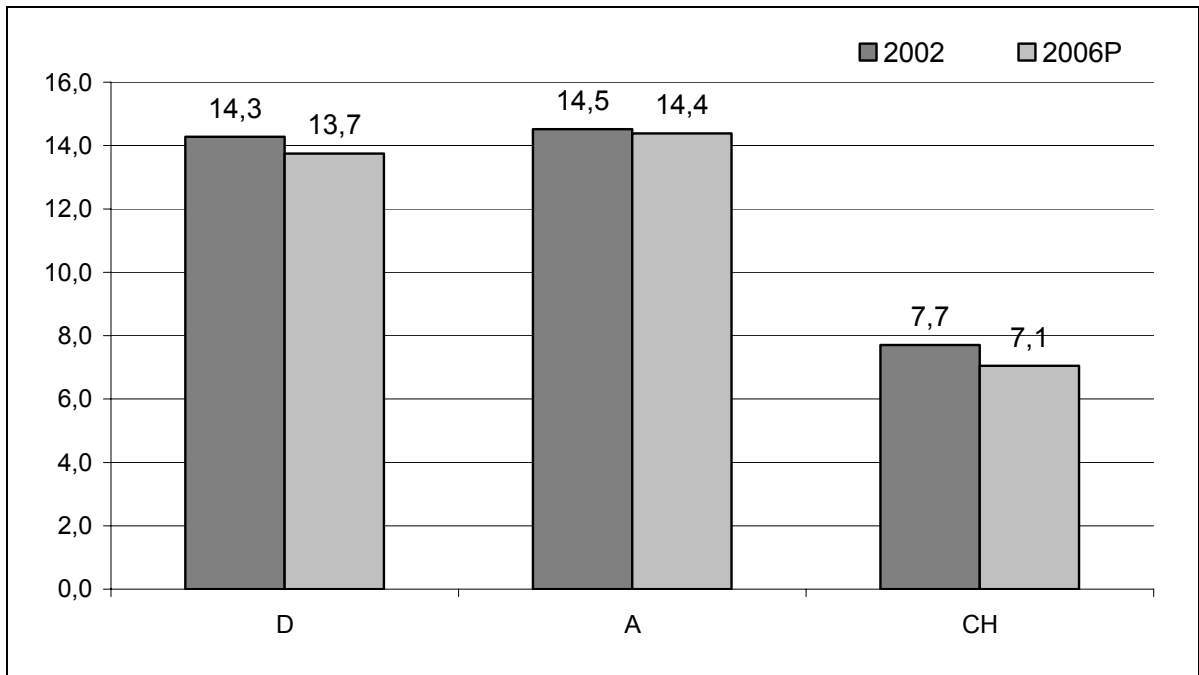
² Für den Drei-Länder-Vergleich wird die von der OECD ausgewiesene standardisierte Arbeits- bzw. Erwerbslosenquote herangezogen. Der Anteil der Erwerbslosen an den zivilen Erwerbspersonen wird nach dem Erwerbslosenkonzept der International Labor Organization ausgewiesen. Die ILO-Arbeitsmarktstatistik unterscheidet sich in Abgrenzung und Art der Erhebung von den national jeweils unterschiedlichen Arbeitslosenstatistiken. Die standardisierte Arbeitslosenquote erfasst somit Personen, welche in der nationale Statistik nicht als arbeitslos bzw. erwerbsfähig gezählt werden und umgekehrt.

Abbildung 2-4

Sozialabgabenquote

Sozialabgaben auf zentralstaatlicher Ebene in Prozent des BIP;

Schweiz: ohne obligatorische Beiträge zur Krankenversicherung und zur betrieblichen Altersvorsorge



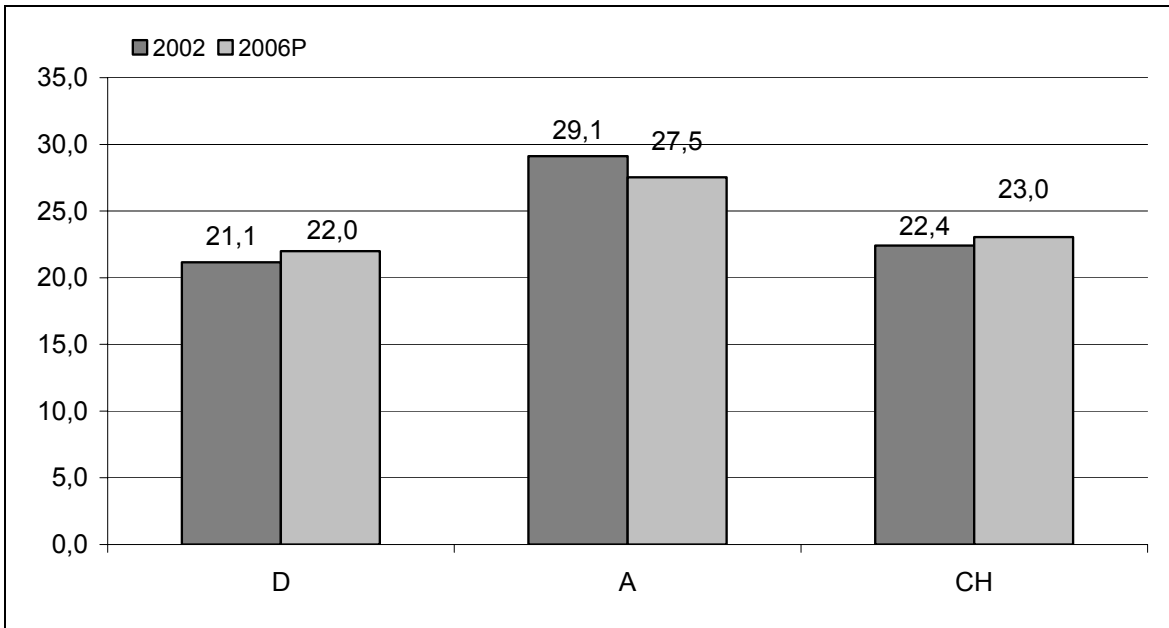
Quelle: OECD (2007b)

Die Sozialabgabenquote misst die obligatorischen Beiträge an staatliche Versicherungseinrichtungen in Prozent des nominalen BIP. Sie umfasst hauptsächlich die Arbeitslosenversicherung, die gesetzliche Altersvorsorge (Renten- bzw. Pensionsversicherung) sowie die gesetzliche Kranken- und gegebenenfalls Pflegeversicherung (Deutschland) oder Invalidenversicherung (Schweiz). Das kräftige Wirtschaftswachstum der letzten Jahre wirkte sich in allen drei Ländern günstig auf die Entwicklung dieser Quote aus (Abbildung 2-4): Sie ist seit 2002 leicht gesunken. 2006 lag die von der OECD prognostizierte Quote für Österreich mit 14,4 Prozent leicht über derjenigen von Deutschland (13,7 Prozent). Mit 7,1 Prozent ist der entsprechende Wert für die Schweiz vergleichsweise niedrig. Allerdings sind dabei obligatorische Beiträge an private Versicherungsgesellschaften für die Krankenversicherung und die private berufliche Vorsorge nicht enthalten. Werden diese Beiträge ebenfalls berücksichtigt, belief sich der Anteil der Sozialabgaben am schweizerischen BIP im Jahr 2002 auf 13,7 und im Jahr 2006 auf 13,4 Prozent (Eidgenössische Finanzverwaltung, Berechnungen Avenir Suisse) und lag damit nur leicht unter den deutschen Werten.

Abbildung 2-5

Steuerquote

Direkte und indirekte Steuern in Prozent des BIP



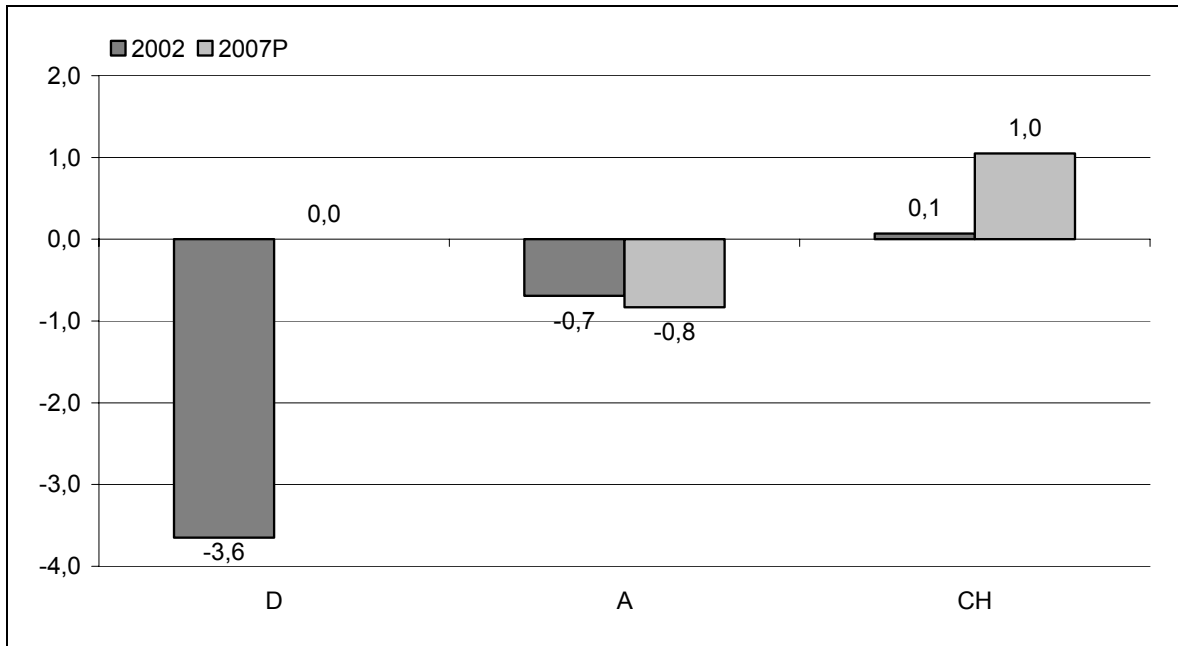
Quelle: OECD (2007b), eigene Berechnung

Die Steuerquote setzt die direkten und indirekten Steuereinnahmen in Relation zum nominalen BIP. Abbildung 2-5 zeigt die Quoten für die Jahre 2002 und 2006. Mit einem Wert von 22 Prozent verzeichnet Deutschland nach OECD-Prognose den niedrigsten Wert im Drei-Länder-Vergleich. Für das Jahr 2007 wird die Steuerquote in Deutschland weiter ansteigen. Verantwortlich dafür ist vor allem die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16 auf 19 Prozent. Österreich hat mit 27,5 Prozent nach wie vor die höchste Steuerquote, doch ist sie seit 2002 kontinuierlich gefallen. In der Schweiz bleibt der Anteil der direkten und indirekten Steuern am BIP mit 23 Prozent zwar unter dem OECD-Durchschnitt, jedoch liegt die Steuerquote – wie diejenige Deutschlands – über dem Niveau von 2002. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass die progressiv ausgestalteten direkten Steuern auf Einkommen und Unternehmensgewinne dank der guten Konjunkturlage überproportional angestiegen sind.

Abbildung 2-6

Staatlicher Finanzierungssaldo

Überschüsse (+) oder Defizite (-) in Prozent des BIP



Quelle: BMF, OECD (2007a)

Der Finanzierungssaldo misst den Überschuss beziehungsweise das Defizit des Staatshaushalts in Prozent des nominalen BIP. In Abbildung 2-6 sind die Werte für 2002 und die Prognosen für 2007 dargestellt. Positiv in Erscheinung tritt insbesondere die Schweiz, die – mit Ausnahme von 2003 und 2004 – immer Überschüsse ausgewiesen hat. Österreich hat von 2002 bis 2007 immer moderate Defizite verzeichnet. Im Fünfjahresvergleich blieb die österreichische Haushaltslücke nahezu unverändert bei knapp 1 Prozent des BIP; zwischenzeitlich stieg sie bis auf knapp 2 Prozent an. Deutschland hingegen ist es gelungen, sein hohes gesamtstaatliches Defizit abzubauen, nachdem es in den Jahren 2002 bis 2005 viermal gegen das Maastrichter 3-Prozent-Defizitkriterium verstoßen hatte. Dieser Konsolidierungserfolg wurde allerdings teilweise mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Beginn dieses Jahres teuer erkauft.

Der Schuldenstand ist in Österreich von 65,7 (2002) auf 60,8 Prozent des BIP (2007) gefallen, da das BIP sehr dynamisch gewachsen ist. In Deutschland hingegen ist die Schuldenstandsquote von 60,2 (2002) auf 65,3 Prozent (2007) angestiegen, und in der Schweiz von 57,7 (2002) auf 58,8 Prozent (2007).

3 Reformpolitik in den einzelnen Ländern

3.1 Deutschland

3.1.1 Einleitung

Deutschland befindet sich seit drei Jahren wieder auf Wachstumskurs. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Beschäftigung steigt, die Sozialkassen legen teilweise üppige Finanzpolster an und auch für die öffentlichen Haushalte stehen die Chancen gut, bald ohne neue Schulden auszukommen. Diese positiven Nachrichten dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland weiterhin vor einer Reihe von strukturellen Problemen steht, die der derzeitige Aufschwung aus dem politischen Bewusstsein gedrängt hat. Dazu zählen der inflexible Arbeitsmarkt und die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, die hohen Sozialbeiträge und die mangelnde Nachhaltigkeit der Finanzierungsbasis von gesetzlicher Kranken- und Pflegeversicherung, das ineffiziente und unübersichtliche Steuersystem sowie die öffentlichen Altschulden.

Die Aufzählung dieser Mängel soll jedoch nicht zu dem Schluss führen, dass sich die Bedingungen für Beschäftigung und Wachstum in Deutschland in den letzten Jahren nicht verbessert hätten – im Gegenteil: Im September 2007 wies das Reformbarometer für Deutschland einen Wert von 109,2 Punkten aus (Ausgangswert September 2002 = 100).

Die einzelnen Teilbereiche schlüsseln sich folgendermaßen auf:

- | | |
|-----------------------------|--------------|
| ▪ Arbeitsmarktpolitik | 121,5 Punkte |
| ▪ Sozialpolitik | 93,9 Punkte |
| ▪ Steuer- und Finanzpolitik | 111,5 Punkte |

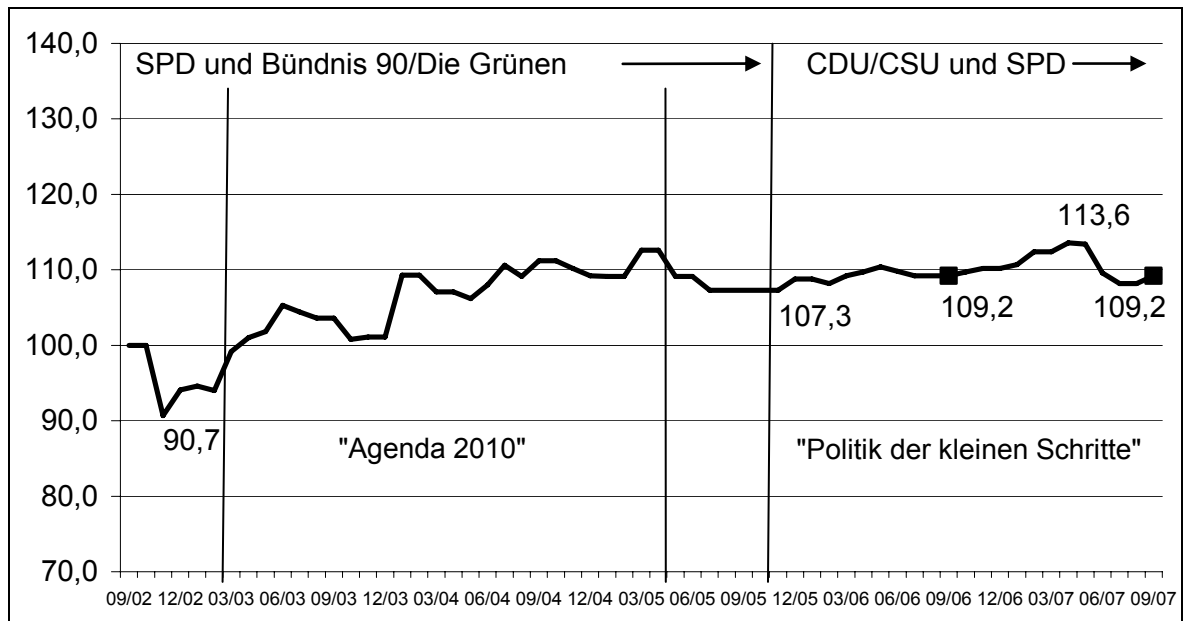
Allerdings hat sich der Gesamtwert des Reformbarometers gegenüber dem Vorjahr nicht verändert und signalisiert damit Stillstand (Abbildung 3-1). Dabei befand sich die große Koalition bis zum Sommer dieses Jahres mit ihrer „Politik der kleinen Schritte“ auf recht gutem Wege: Im April 2007 erreichte das Reformbarometer seinen bisherigen Höchstwert von 113,6 Punkten und hätte damit beinahe Österreich eingeholt. Zur Jahresmitte lagen noch alle drei Teilindikatoren im Plus. Denn der positive Effekt grundsätzlich richtiger Weichenstellungen – wie die weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, die erleichterte befristete Beschäftigung älterer Arbeitnehmer oder die Reform der Unternehmensbesteuerung – konnte Rückschritte in anderen Bereichen – höhere Beiträge zur Rentenversicherung oder die Verwässerung der „Rente mit 67“ – noch kompensieren.

Im Juni 2007 begann jedoch das reformpolitische Straucheln: Die große Koalition einigte sich darauf, ab dem kommenden Jahr flächendeckend branchenspezifische Mindestlöhne einzuführen und die Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung zu erhöhen sowie ihre Leistungen auszuweiten, anstatt mit einer grundlegenden Finanzreform auf die demographischen Veränderungen zu reagieren. Infolgedessen stürzte das Reformbarometer deutlich auf 108,2 Zähler ab. Nur die erfreuliche „Maastricht-Meldung“ aus dem Bundesfinanzministerium über den deutlichen Defizitabbau in diesem Jahr hat Ende September gerade noch verhindert, dass der Indikator nicht unter dem Vorjahreswert geblieben ist. Allerdings könnte dies nur ein kurzer Ausreißer nach oben sein. Denn Schwarz-Rot will die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer wieder verlängern und damit eine wesentliche Errungenschaft der Agenda 2010 rückgängig machen. Diese Entscheidung hat sich allerdings hier noch nicht niederschlagen, da sie erst im November 2007 und damit außerhalb des gemeinsamen Berichtszeitraums von IW, WKÖ und Avenir Suisse gefallen ist.

Abbildung 3-1

Das Reformbarometer für Deutschland

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

3.1.2 Arbeitsmarktpolitik

Im September 2007 lag der Teilindikator „Arbeitsmarktpolitik“ mit 121,5 Zählern um 12,6 Punkte unter dem Vorjahreswert von 134,1 Punkten (Abbildung 3-2). Zwar weist die Arbeitsmarktpolitik immer noch den höchsten Wert unter den drei Politikbereichen aus, doch die große Koalition hat hier inzwischen den Rückwärtsgang eingelegt. Bis Juli 2007 war ihr immerhin zugute zu halten, dass sie den arbeitsmarktpolitischen Kurs ihrer Vorgängerin im Wesentlichen beibehalten hat. Der Teilindikator stagnierte monatelang auf hohem Niveau.

Der zuletzt starke Rückgang ist auf drei Vorhaben zurückzuführen:

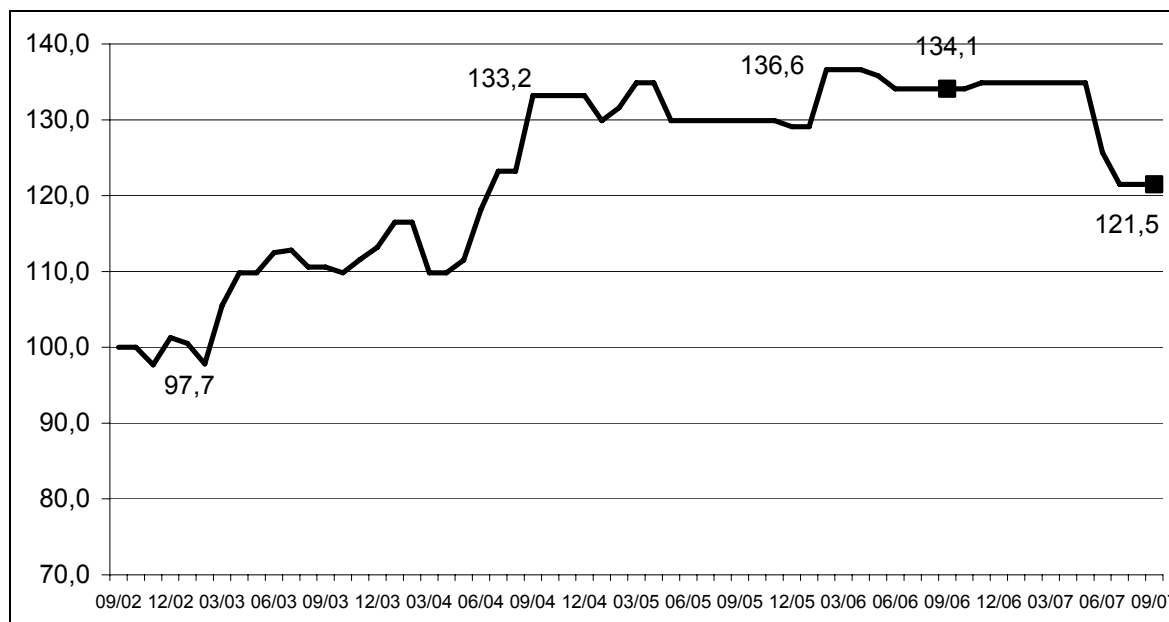
- Angesichts hoher Beitragsüberschüsse der Bundesagentur für Arbeit beschloss die große Koalition im Juni 2007, zum 1.10.2007 kostspielige Zuschussprogramme für ältere Arbeitnehmer und für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose ab 18 Jahren sowie für junge Arbeitslose unter 25 Jahren („Job-Bonus“ und „Qualifizierungskombi“) aufzulegen. Damit steht entgegen anders lautender Bekenntnisse nicht mehr die Vermittlung (Langzeit-)Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt im Vordergrund. Stattdessen werden sie in nachrangigen Beschäftigungsverhältnissen auf Kosten der Steuer- und Beitragszahler alimentiert. Erfahrungsgemäß verringern sich durch solche Programme die Arbeitsmarktchancen der Teilnehmer. Die Beschäftigungsbedingungen für ältere und Langzeitarbeitslose verschlechtern sich.
- Ebenfalls im Juni 2007 hat sich der Koalitionsausschuss von CDU/CSU und SPD darauf geeinigt, flächendeckend branchenspezifische Mindestlöhne einzuführen. Dies soll nach entsprechender Ausweitung des bislang für die Bauwirtschaft und das Gebäudereinigerhandwerk geltenden Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf weitere Branchen oder die Neufassung des so genannten Mindestarbeitsbedingungsgesetzes möglich werden. Die von ihren Befürwortern in Aussicht gestellten Ziele erfüllen Mindestlöhne jedoch nicht: Es lässt sich damit weder die Arbeitslosigkeit noch sinnvoll die Einkommensarmut bekämpfen. Überdies droht die Tarifautonomie zur Makulatur zu werden, wenn sich der Staat so mas-

siv wie vorgesehen in die Lohngestaltung einschaltet. Außerdem werden die Tarifpartner aus ihrer Verantwortung entlassen, sich auf beschäftigungsfreundliche Löhne zu einigen. Mindestlöhne, die von Branche zu Branche unterschiedlich hoch sind, behindern überdies den Strukturwandel. Schließlich wird das Arbeits- und Tarifrrecht wesentlich komplizierter und bürokratischer.³

Abbildung 3-2

Deutschland: Teilindikator Arbeitsmarktpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Ab dem kommenden Jahr sollen insgesamt 5 Milliarden Euro an Beitragsgeldern der Arbeitslosenversicherung in den Bundesetat umgeleitet werden. Denn die Bundesagentur für Arbeit soll nach dem Entwurf des Bundeshaushalts 2008 künftig zur Hälfte für die Eingliederungskosten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger und die Verwaltungskosten in der Grundversicherung für Arbeitsuchende aufkommen. Dies ist bisher allein die Aufgabe des Bundes. Mit der vorgesehenen Änderung beseitigt die große Koalition einen der wesentlichen Fortschritte der Hartz-IV-Reform, nämlich die Entflechtung der Finanzierungsströme und die Verbesserung der Konnexität zwischen Träger der Sozialleistung und zahlender Körperschaft. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wird auf diese Weise für Staatsaufgaben zweckentfremdet. Ohne den Griff der öffentlichen Hand in die Kasse der Versicherten könnte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung deutlicher sinken als bisher geplant.⁴ Dies würde das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhen und die Arbeitskosten für die Unternehmen senken.

³ Siehe zur ausführlichen Kritik: Scharnagel, 2007, S. 7 ff.

⁴ Laut dem im September 2007 vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung soll der Beitragssatz zum 1.1.2008 von derzeit 4,2 auf 3,9 Prozent des versicherungspflichtigen Arbeitseinkommens sinken. Inzwischen hat sich der Koalitionsausschuss darauf geeinigt, den Beitragssatz auf 3,3 Prozent herabzusetzen. Diese Entscheidung hat sich nicht mehr positiv auf das Reformbarometer ausgewirkt, da sie außerhalb des hier berücksichtigten Bewertungszeitraums bis Ende September 2007 gefallen ist.

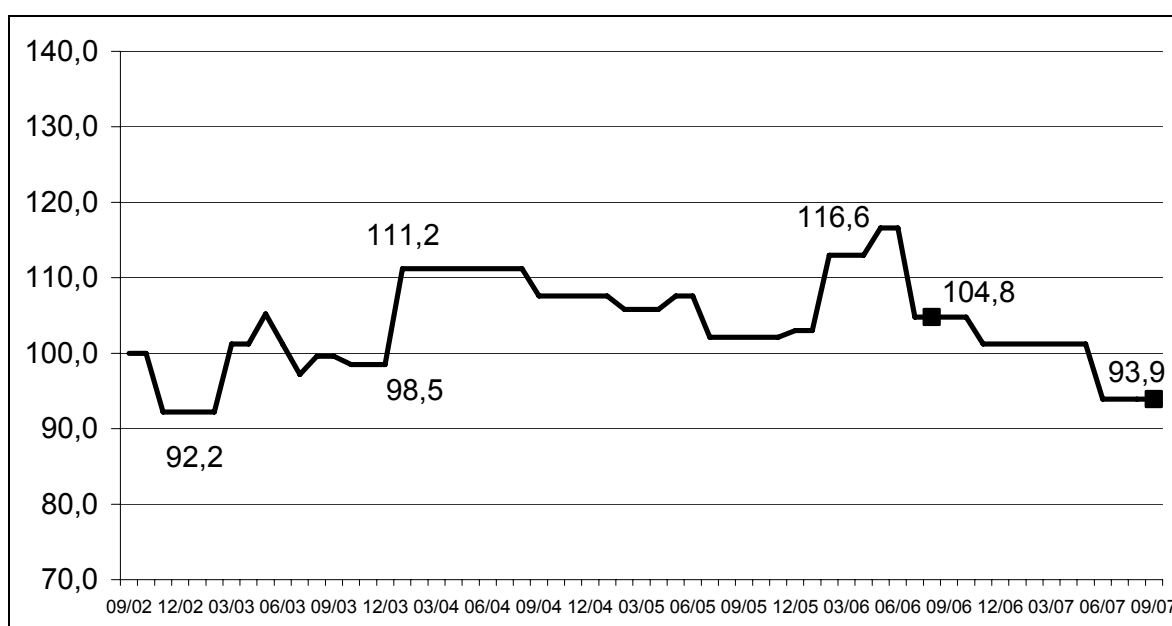
3.1.3 Sozialpolitik

Seit September 2006 ist der Teilindikator „Sozialpolitik“ um knapp 11 Zähler von 104,8 auf 93,9 Punkte eingebrochen (Abbildung 3-3). War die große Koalition nach ihrem Regierungsantritt mit ihren ersten sozialpolitischen Entscheidungen wie der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung und der „Rente mit 67“ zunächst erfolgreich und konnte den Sozialindex auf 116,6 Punkte hieven, traf sie mit der Gesundheitsreform 2008 ihre erste grundlegende Fehlentscheidung.⁵ Im aktuellen Bewertungszeitraum bis September 2007 setzte die Bundesregierung diesen Kurs fort, indem sie ihre Beschlüsse zur „Rente mit 67“ verwässerte und eine Reform der sozialen Pflegeversicherung auf den Weg gebracht hat, welche weder deren Strukturprobleme löst noch eine nachhaltige Finanzierungsbasis schafft.

Abbildung 3-3

Deutschland: Teilindikator Sozialpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Bereits im Frühjahr 2006 – und damit innerhalb des letzten Bewertungszeitraums – hatte die Bundesregierung beschlossen, das gesetzliche Renteneintrittsalter für Männer und Frauen von derzeit 65 auf 67 Jahre anzuheben. Diese Erhöhung soll zwischen 2012 bis 2029 schrittweise erfolgen. Im November 2006 konkretisierte das Bundeskabinett jedoch eine Ausnahmeregelung für langjährig Versicherte: Diese dürfen weiterhin abschlagsfrei mit 65 in Rente gehen, wenn sie 45 Jahre an Pflichtbeiträgen nachweisen können. Dieser klare Verstoß gegen das bisherige Versicherungsprinzip zulasten der Beitragszahler schafft eine neue versicherungsfremde Leistung. Die Ausnahmeregelung benachteiligt Versicherte, die bei gleicher Beitragssumme eine kürzere Versicherungszeit oder eine unstetigere Erwerbsbiografie vorweisen und schmälert den dämpfenden Effekt der „Rente mit 67“ auf den Anstieg des Beitragssatzes.

Einen deutlichen Rückgang verzeichnet das Reformbarometer im Bereich der Sozialpolitik schließlich durch die geplante Pflegereform, deren Eckpunkte im Juni 2007 bekannt wurden. Denn anstelle einer Finanzreform, welche die Beiträge vom Faktor Arbeit abkoppelt und mehr auf private Vorsorge setzt, hat das schwarz-rote Bündnis lediglich beschlossen, den (regulä-

⁵ Vgl. ausführlich Scharnagel/Mahlich/Beck, 2006, S. 69 ff.

ren) Beitragssatz um 0,25 Prozentpunkte auf 1,95 Prozent zum 1.7.2008 zu erhöhen, den Leistungskatalog zu erweitern und die Leistungsvergütung an die Preisentwicklung anzupassen. Auf diese Weise pumpt die Bundesregierung mehr Geld in das Umlagesystem, das nicht mehr zukunftsfähig ist. Denn wie bei der Kranken- oder Rentenversicherung müssen auch hier immer weniger Einzahler für immer mehr Leistungsempfänger aufkommen. Dadurch werden unter sonst gleichen Bedingungen auch in Zukunft die Beitragssätze steigen. Das vergrößerte Leistungsspektrum verschärft dieses Problem noch zusätzlich. Aufgrund dieser Fehlentscheidung stürzte der Teilindikator „Sozialpolitik“ zuletzt auf 93,9 Punkte ab. Damit sind die von der Sozialpolitik beeinflussbaren Rahmenbedingungen deutlich schlechter geworden als noch vor sechs Jahren.

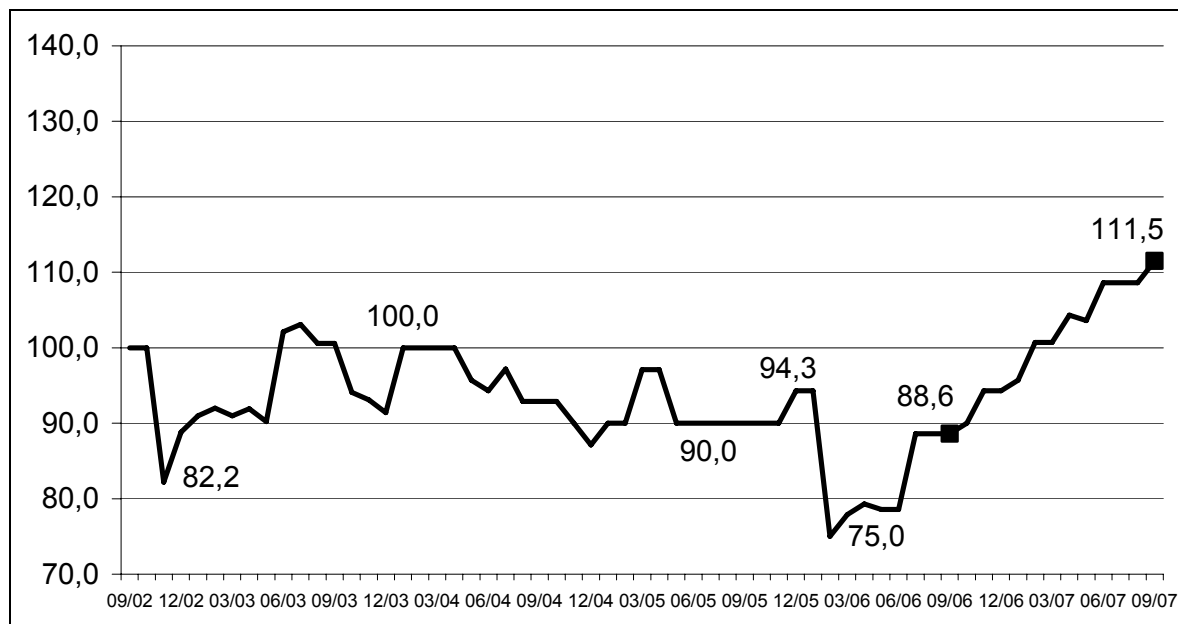
3.1.4 Steuer- und Finanzpolitik

Gegenüber dem Vorjahresmonat hat sich der Teilindikator „Steuer- und Finanzpolitik“ bis September 2007 von 88,6 auf 111,5 Punkte stark verbessert (Abbildung 3-4). Die einstige Achillesferse der deutschen Politik hat damit im letzten Jahr als einzige einen positiven Beitrag zum Reformbarometer geliefert und konnte in der Gesamtwertung die Fehlentwicklungen in der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik gerade noch auffangen.

Abbildung 3-4

Deutschland: Teilindikator Steuer- und Finanzpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das deutliche Plus um fast 23 Zähler ist im Wesentlichen auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: Erstens wird der Teilindikator stark von der Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos geprägt. Darin schlagen sich neben außergewöhnlichen Ereignissen sowohl strukturelle als auch konjunkturelle Effekte nieder, die nicht immer streng von einander getrennt werden können.⁶ Zweitens wurde im Berichtszeitraum eine Unternehmensteuerreform be-

⁶ Das Reformbarometer stellt in erster Linie nicht auf das strukturelle, sondern das normale Defizit ab. Dieses Vorgehen ist deswegen berechtigt, weil konjunkturbedingte Änderungen des Finanzierungssaldos sich auch auf die Struktur der öffentlichen Haushalte auswirken: Sie erhöhen den Schuldenstand

schlossen, welche die Steuersätze für Kapitalgesellschaften deutlich senken. Das Bundesfinanzministerium rechnet mit jährlichen Steuerausfällen für den Gesamtstaat von anfänglich über 6 Milliarden Euro.

Im Einzelnen:

Die große Koalition hat im Bereich „Steuern und Finanzen“ davon profitiert, dass sich der Aufschwung seit 2006 auch deutlich bei den Steuereinnahmen bemerkbar macht. Das Staatsdefizit lag im letzten Jahr bei 1,7 Prozent des BIP und wird für 2007 inzwischen auf 0 Prozent geschätzt.⁷ 2005 lag es mit 3,2 Prozent zum vierten Mal in Folge noch über dem zulässigen Wert des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Aber nicht nur das Konjunkturplus, sondern auch massive Steuererhöhungen, die die Bundesregierung unmittelbar nach Amtsantritt beschlossen hatte,⁸ haben dazu beigetragen, dass das gesamtstaatliche Defizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen deutlich gesunken ist und für die nächsten Jahre sogar Überschüsse erwartet werden. Die Konsolidierung erfolgte jedoch nicht allein über die Einnahmeseite des Budgets. Die Staatsausgaben sind deutlich langsamer gestiegen als das nominale BIP, so dass die Staatsquote von 48,1 Prozent des BIP (2002) auf voraussichtlich 43,9 Prozent (2007) gesunken ist (IW Köln, 2007, S. 81 f.).

Neben dem niedrigeren Defizit erhöhte die Unternehmenssteuerreform 2008 den Teilindikator. Allerdings erhält die Bundesregierung dafür nur eingeschränkten Beifall. Zwar sinken zum 1.1.2008 die nominalen Steuersätze für einbehaltene Gewinne von Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen deutlich auf einheitlich rund 29,8 Prozent.⁹ Zuvor lag die Tarifbelastung für Kapitalgesellschaften bei rund 38,7 Prozent und für Personengesellschaften bei bis zu 45,7 Prozent. Doch müssen die Unternehmen für die Entlastung auch einen hohen Preis bezahlen. So wird unter anderem nicht nur die degressive Absetzung für Abnutzung (Abschreibung) abgeschafft und die Sofortabschreibung für geringwertige Güter eingeschränkt, was die Liquidität der Unternehmen schmälert. Noch gravierender sind umfangreiche und komplizierte Regelungen, welche die Substanzbesteuerung verschärfen. Neben Änderungen in der Gewerbesteuer, die durch die Reform noch zementiert wurde, anstelle sie – wie in Österreich – abzuschaffen, gehört dazu im Einkommen- und Körperschaftsteuerrecht auch die sogenannte Zinsschranke, derzufolge der Zinsaufwand unter bestimmten Bedingungen nur noch eingeschränkt abzugsfähig ist. Schließlich soll künftig die Verlagerung betrieblicher Funktionen in das Ausland besteuert werden. Dies behindert Innovationen und Investitionen am deutschen Standort.

und beeinflussen die Höhe der Zinsausgaben. Beispielsweise ist der Handlungsspielraum der öffentlichen Hand unter sonst gleichen Bedingungen umso enger, je höher die Zinsbelastung infolge höherer Schulden ist. In die Bewertung soll zudem einfließen, inwiefern die Politik konjunkturell bedingte finanzielle Handlungsspielräume nutzt, um zusätzlichen Ausgabenwünsche und Begehrlichkeiten nachzugeben. Es macht auch strukturell einen Unterschied, ob die Finanzpolitik zusätzliche Steuereinnahmen zur Schuldentilgung nutzt oder ausgibt.

⁷ Laut Maastricht-Meldung des Bundesfinanzministeriums Ende September 2007 belief sich die Defizitquote auf 0,1 Prozent des BIP; im November 2007 hat der Finanzplanungsrat von Bund und Ländern mitgeteilt, dass der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dieses Jahr voraussichtlich ausgeglichen sein wird. Aktuelle Prognosen gehen sogar davon aus, dass der Staat schon 2007 leichte Überschüsse erwirtschaften wird. So prognostiziert das IW (2007, 82) für dieses und das kommende Jahr einen positiven Finanzierungssaldo von jeweils 0,1 Prozent des BIP.

⁸ Erinnert sei hier an die Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle, die Beschränkung der Verlustverrechnung bei bestimmten Steuerstundungsmodellen, die Einführung der „Reichensteuer“, die Abschaffung der Pendlerpauschale und anderer Steuervergünstigungen sowie die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16 auf 19 Prozent.

⁹ In Österreich liegt der nominale Steuersatz für Kapitalgesellschaften bei lediglich 25 Prozent und in der Schweiz (Kanton Zürich) bei durchschnittlich 24,1 Prozent.

3.1.5 Reformbarometer für Deutschland – Monatswerte

Monat	Arbeitsmarkt-politik	Sozial-politik	Steuer-und Finanz-politik	Reform-baro-meter*	Monat	Arbeitsmarkt-politik	Sozial-politik	Steuer-und Finanz-politik	Reform-baro-meter*
09/02	100,0	100,0	100,0	100,0	10/05	129,9	102,1	90,0	107,3
10/02	100,0	100,0	100,0	100,0	11/05	129,9	102,1	90,0	107,3
11/02	97,7	92,2	82,2	90,7	12/05	129,1	103,0	94,3	108,8
12/02	101,3	92,2	88,8	94,1	01/06	129,1	103,0	94,3	108,8
01/03	100,5	92,2	91,0	94,6	02/06	136,6	113,0	75,0	108,2
02/03	97,8	92,2	92,0	94,0	03/06	136,6	113,0	77,9	109,2
03/03	105,5	101,2	91,0	99,2	04/06	136,6	113,0	79,3	109,7
04/03	109,8	101,2	91,9	101,0	05/06	135,8	116,6	78,6	110,4
05/03	109,8	105,2	90,2	101,8	06/06	134,1	116,6	78,6	109,8
06/03	112,5	101,2	102,1	105,3	07/06	134,1	104,8	88,6	109,2
07/03	112,8	97,2	103,1	104,4	08/06	134,1	104,8	88,6	109,2
08/03	110,6	99,6	100,6	103,6	09/06	134,1	104,8	88,6	109,2
09/03	110,6	99,6	100,6	103,6	10/06	134,1	104,8	90,0	109,7
10/03	109,8	98,5	94,1	100,8	11/06	134,9	101,2	94,3	110,2
11/03	111,6	98,5	93,1	101,1	12/06	134,9	101,2	94,3	110,2
12/03	113,2	98,5	91,4	101,1	01/07	134,9	101,2	95,7	110,7
01/04	116,5	111,2	100,0	109,3	02/07	134,9	101,2	100,7	112,4
02/04	116,5	111,2	100,0	109,3	03/07	134,9	101,2	100,7	112,4
03/04	109,8	111,2	100,0	107,1	04/07	134,9	101,2	104,3	113,6
04/04	109,8	111,2	100,0	107,1	05/07	134,9	101,2	103,6	113,4
05/04	111,5	111,2	95,7	106,2	06/07	125,7	93,9	108,6	109,6
06/04	118,2	111,2	94,3	108,0	07/07	121,5	93,9	108,6	108,2
07/04	123,2	111,2	97,2	110,6	08/07	121,5	93,9	108,6	108,2
08/04	123,2	111,2	92,9	109,1	09/07	121,5	93,9	111,5	109,2
09/04	133,2	107,6	92,9	111,2	Ausgangswert (September 2002) = 100; Werte über 100: Verbesserung; Werte unter 100: Verschlechterung; * Durchschnitt der drei Teilindikatoren, alle Ergebnisse auf die erste Nachkommastelle gerundet.				
10/04	133,2	107,6	92,9	111,2					
11/04	133,2	107,6	90,0	110,2					
12/04	133,2	107,6	87,1	109,2					
01/05	129,9	107,6	90,0	109,1					
02/05	131,6	105,8	90,0	109,1					
03/05	134,9	105,8	97,1	112,6					
04/05	134,9	105,8	97,1	112,6					
05/05	129,9	107,6	90,0	109,1					
06/05	129,9	107,6	90,0	109,1					
07/05	129,9	102,1	90,0	107,3					
08/05	129,9	102,1	90,0	107,3					
09/05	129,9	102,1	90,0	107,3					

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

3.2 Österreich

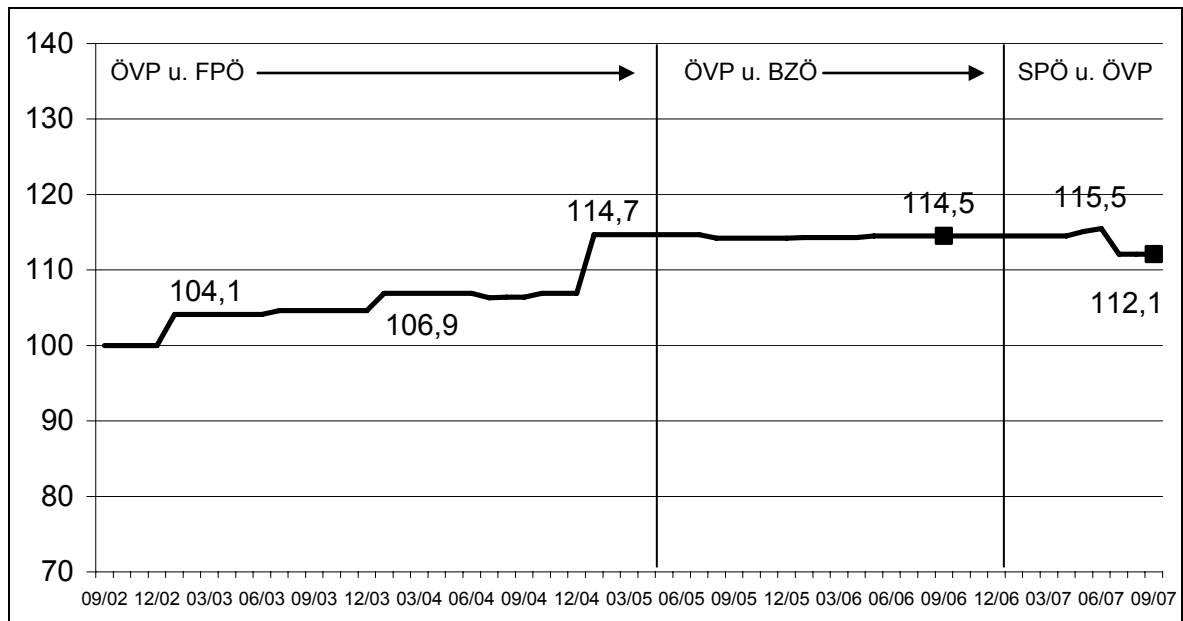
3.2.1 Einleitung

Das Jahr 2006 wurde in Österreich politisch von den Nationalratswahlen vom 1.10.2007 dominiert. Entgegen den demoskopischen Prognosen konnte der damalige Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) seine Parlamentsmehrheit nicht verteidigen und die ÖVP fiel knapp hinter die SPÖ zurück. SPÖ und ÖVP einigten sich nach monatelangen Verhandlungen auf eine große Koalition, die im Januar 2007 ihre Arbeit unter dem neuen Kanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) aufnahm. Das Reformbarometer zeigte bei Gusenbauers Amtsantritt einen Wert von 114,5 Punkten an (Ausgangswert September 2002 = 100 Punkte). Dieser ist bis September 2007 auf 112,1 Zähler gefallen (Abbildung 3-5).

Abbildung 3-5

Das Reformbarometer für Österreich

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: WKÖ

Aufgeschlüsselt auf die einzelnen Teilbereiche ergibt sich folgendes Bild:

- Arbeitsmarktpolitik 111,0 Punkte
- Sozialpolitik 111,8 Punkte
- Steuer- und Finanzpolitik 113,6 Punkte

Gusenbauer, der mit dem Versprechen „Wohlstand muss gerecht verteilt werden“ in den Wahlkampf gezogen war, hat den Reformkurs der Vorgängerregierung weniger stark zurückgenommen, als viele Beobachter befürchtet hatten. Nichtsdestotrotz gab es gerade im sozialpolitischen Bereich einige signifikante Rückschritte: Die 2005 eingeführte Pensionsreform wurde weiter entschärft, so dass die Lastenverteilung zwischen Ruheständlern und Beitragszahlern

zuungunsten der jungen Generation wieder steigt. Dies hat mit dazu geführt, dass das Reformbarometer nun den geringsten Wert seit über zwei Jahren annimmt.

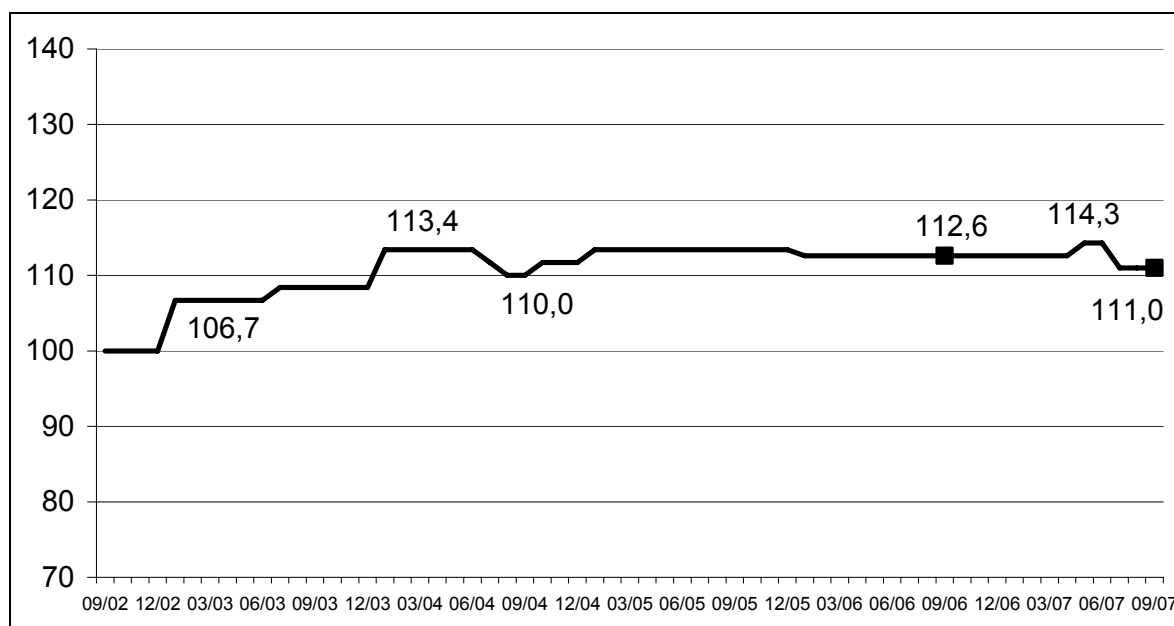
3.2.2 Arbeitsmarktpolitik

Der Teilindikator Arbeitsmarktpolitik hat sich zwischen Oktober 2006 und September 2007 nach einem kurzen Zwischenhoch im Mai 2007 von 112,6 auf 111,0 Punkte leicht abgeschwächt.

Abbildung 3-6

Österreich: Teilindikator Arbeitsmarktpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: WKÖ

Bereits im letzten Reformbarometer wurde die Lehrstellenförderung durch den Arbeitsmarktservice Österreich (AMS-Lehrstellenförderung, „Blum-Bonus“) negativ bewertet, nach der neue Lehrstellen mit bis zu 400 Euro pro Monat subventioniert werden.¹⁰ Diese Subvention wurde nochmals bis 31.12.2007 verlängert. Aufgrund der kurzen Verlängerungsdauer wurde die Maßnahme als solche zwar nicht erneut bewertet, an der grundsätzlichen Kritik hat sich nichts geändert: Gerade in der derzeitigen Hochkonjunktur, in der Unternehmen aus konjunkturellen Gründen mehr Lehrlinge aufnehmen, ist die Gefahr groß, dass diese Art der Förderung lediglich Mitnahmeeffekte auslöst. Es wird weiterhin die Ausbildungsentscheidung verzerrt und in Berufe ausgebildet, für die unter Marktbedingungen keine Ausbildungsnachfrage existiert.

Positiv gewertet wurde die Einigung der Sozialpartner von Mai 2007, die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Die Flexibilität des Arbeitsmarktes hat sich durch die Einigung erhöht, so dass der Arbeitsmarktindikator im Mai 2007 ein Allzeithoch von 114,3 Punkten erreichte. Wesentliche Neuerungen sind, dass der Kollektivvertrag in Zukunft die Normalarbeitszeit von acht auf zehn Stunden pro Tag erhöhen kann. Eine Normalarbeitszeit von zehn Stunden war bisher nur eingeschränkt möglich (z. B. bei einer Viertagewoche). Bei Schichtarbeit kann die Normalarbeitszeit sogar auf bis zu zwölf Stunden ausgeweitet werden, sofern arbeitsmedizinische Unbe-

¹⁰ Vgl. Scharnagel/Mahlich/Beck, 2006, S. 82.

denklichkeit festgestellt wird. Die Höchstarbeitszeit von 60 Stunden die Woche kann von zwölf Wochen auf 24 Wochen ausgeweitet werden. Auf der anderen Seite müssen aufgrund der neuen Regelung nunmehr auch für Teilzeitkräfte Überstundenzuschläge von 25 Prozent gezahlt werden, wobei der Durchrechnungszeitraum drei Monate beträgt. Bislang ist Mehrarbeit von Teilzeitkräften zuschlagsfrei. Die Übereinkunft wurde im Juli 2007 von Nationalrat durch eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes beschlossen und tritt am 1.1.2008 in Kraft.

Ebenfalls im Juli 2007 haben sich die Sozialpartner auf die Einführung eines Mindestlohnes von 1.000 Euro brutto im Monat geeinigt, der bis zum Jahr 2009 stufenweise implementiert werden soll. Durch die sozialpartnerschaftliche Regelung wurde ein gesetzlicher Mindestlohn verhindert, mit dem die Politik gedroht hatte, sollten die Sozialpartner zu keiner Einigung kommen. Derzeit verdienen rund 30.000 Vollzeitbeschäftigte in manchen Dienstleistungssektoren und in der Textilbranche weniger als 1.000 Euro im Monat und wären daher von der Einführung des Mindestlohnes betroffen. Die vereinbarte Summe von monatlich 1.000 Euro brutto entspricht einem Nettolohn von 818 Euro für Arbeiter und 820 Euro für Angestellte und liegt damit über dem Ausgleichszulagenrichtsatz der Notstandshilfe (726 Euro).¹¹ Ein Mindestlohn ist ordnungspolitisch höchst bedenklich. Wird er unter dem markträumenden Lohn angesetzt, ist er zwar wirkungslos. Liegt er jedoch darüber, entsteht Arbeitslosigkeit, denn bei normalem Arbeitsangebot und normaler Arbeitsnachfrage kommt es zu einem Überschussangebot an Arbeit. Durch die Drohung der Politik, den Mindestlohn auf gesetzlicher Ebene zu regeln, ist darüber hinaus die Tarifautonomie geschwächt worden.

3.2.3 Sozialpolitik

Der Teilindikator Sozialpolitik hat sich im Beobachtungszeitraum von 117,3 auf 111,8 Punkte abgeschwächt (Abbildung 3-7). Der verhältnismäßig starke Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass unter dem neuen Sozialminister Herbert Buchinger (SPÖ) die Pensionsreform aus dem Jahr 2005 in Teilen wieder zurückgenommen wurde. Die intergenerative Lastverschiebung hat sich durch diese Maßnahmen erhöht, während das Versicherungsprinzip weiter aufgeweicht wurde.

Pensionsversicherung

In der Pensionsversicherung sind die Abschläge bei der im Rahmen der Pensionsreform 2005 eingeführten Korridor pensionen halbiert werden. Die Korridor pension kann bei mindestens 450 Versicherungsmonaten bereits ab 62 Jahren angetreten werden, wobei für jedes Jahr, welches vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter von 65 Jahren in Pension gegangen wird, Abschläge von bisher 4,2 Prozent im Jahr in Kauf genommen werden mussten. Mit dem zum 1.7.2007 in Kraft getretenen Sozialrechts-Änderungsgesetz sind diese Abschläge rückwirkend auf 2,1 Prozent reduziert worden. Verlängert wurde außerdem die Übergangsregelung für die sogenannte Hacklerregelung¹². Gemäß dieser Regelung können Frauen nach mindestens 480 Beitragsmonaten ohne Abschläge mit 55 Jahren in Frühpension gehen. Männern ist mit 60 Jahren und mindestens 540 Beitragmonaten der abschlagsfreie Gang in die Frühpension möglich. Zusätzlich ist die Gruppe der Anspruchsberechtigten erweitert worden. Die „Hacklerregelung“ galt bei Frauen bislang für die vor dem 30.06.1955 geborenen. Bei Männern war der entsprechende Stichtag der 30.06.1950. Die Altergrenze wurde um jeweils ein halbes Jahr nach hinten verschoben: Frauen, die vor dem 31.12.1955 und Männer die vor dem 31.12.1950 geboren wurden, können nunmehr die „Hacklerregelung“ in Anspruch nehmen. Das Reformbarometer ist

¹¹ Die Notstandshilfe ist das österreichische Pendant zur ehemaligen Arbeitslosenhilfe in Deutschland.

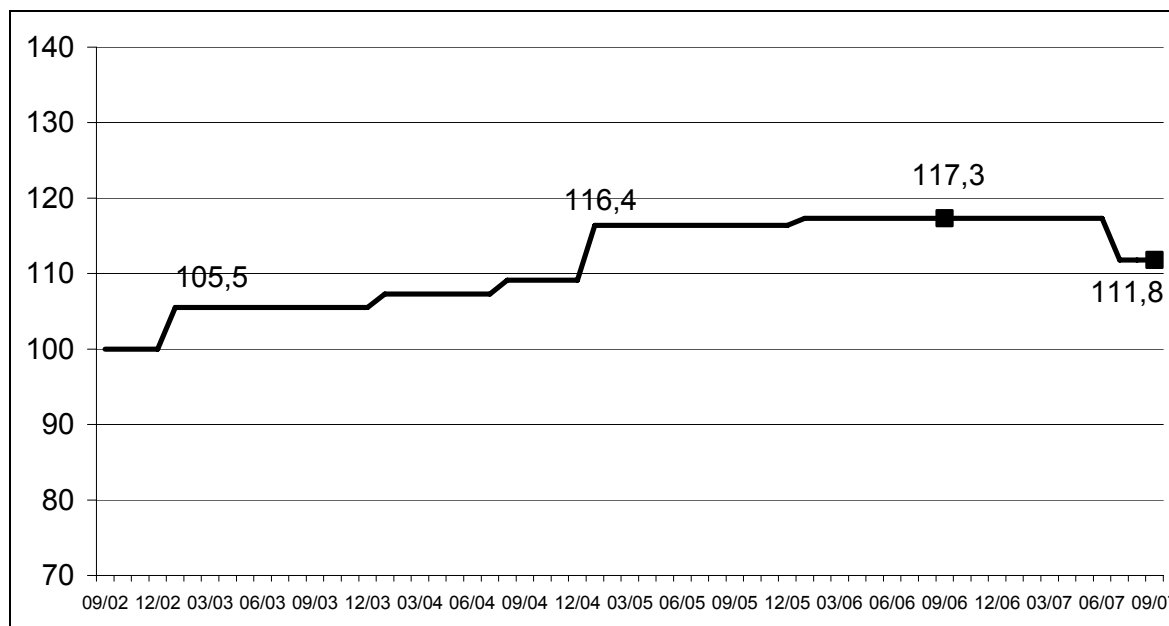
¹² Hackler (österreich.) = Schwerarbeiter.

aufgrund dieser Maßnahmen zurückgegangen, da Beitragszahler zugunsten der Pensionäre belastet werden (intergenerative Lastenverteilung wird erhöht) und das Versicherungsprinzip geschwächt wird. Außerdem steigen die Ausgaben je Versichertem, was sich ebenfalls nachteilig in der Bewertung auswirkt.

Abbildung 3-7

Österreich: Teilindikator Sozialpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: WKÖ

Weiterhin wurde rückwirkend eine Dynamisierung der Beitragsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung sowie des militärischen Präsenz- und Zivildienstes eingeführt. Der ab 2005 als Beitragsgrundlage für das Pensionskonto in Betracht kommende Betrag von 1.350 Euro wurde für 2006 auf 1.390,50 Euro und für 2007 auf 1.423,87 Euro erhöht. Diese familienpolitisch motivierte Maßnahme stellt jedoch eine gesamtstaatliche Aufgabe dar und sollte als solche steuerfinanziert werden und nicht über Beiträge.

Krankenversicherung

Die Sozialpartner haben sich im Juli 2007 auf die Ausgestaltung der im Regierungsprogramm vereinbarten Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung geeinigt. Sie werden ab 2008 um 0,15 Prozentpunkte angehoben, wobei der Beitragsanstieg bei den Angestellten zu gleichen Teilen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgeteilt wird. Bei den Arbeitern wird die Erhöhung zur Gänze von den Arbeitgebern getragen. Bei den Gewerbetreibenden sinkt der Beitragssatz um 1,45 Prozentpunkte auf 7,65 Prozent und wird dann das gleiche Niveau haben wie bei Arbeitern, Angestellten und Bauern. Es werden Mehreinnahmen von mindestens 150 Millionen Euro aus den Beitragserhöhungen erwartet. Diese Maßnahme soll noch im laufenden Jahr im Parlament durch eine Novelle des Sozialversicherungsrechts verabschiedet und im Januar 2008 wirksam werden. Dort soll außerdem die Koalitionsvereinbarung zur Deckelung der Rezeptgebühren (derzeit 4,70 Euro pro Medikamentenpackung) auf 2 Prozent des Nettoeinkommens umgesetzt werden. Die angekündigte Erhöhung der Beiträge wurde negativ bewertet, da sie die Lohnnebenkosten erhöht und negative Rückwirkungen auf dem Arbeitsmarkt

entfaltet. Letztendlich muss es darum gehen, die Effizienz im Gesundheitssystem über Strukturreformen und mehr Wettbewerb zu erhöhen (Eekhoff 2007). Ein ineffizientes System mit mehr Geld auszustatten, verschiebt den Handlungsdruck lediglich in die Zukunft und stellt keine nachhaltige Lösung dar.

Pflege

Eine große Debatte hat es in diesem Jahr über die Pflege gegeben, immerhin gibt es in Österreich derzeit 380.000 pflegebedürftige Menschen. Seit 1.7.2007 ist zusätzlich zum bestehenden steuerfinanzierten Pflegegeld ein neues befristetes Fördermodell implementiert worden. Eine 24-Stunden-Betreuung bei Pflegestufe 3 bis 7 wird nach diesem Modell mit bis zu 800 Euro gefördert, wenn die Pflege durch einen Pflegedienst erfolgt. Bei selbständigen Betreuungskräften beträgt die Beihilfe 225 Euro.¹³ Um in den Genuss der Förderung zu kommen, darf das Einkommen – in diesem Fall handelt es sich um Pensionen und Kapitaleinkommen – der pflegebedürftigen Person nicht mehr als 2.500 Euro netto im Monat betragen, und das (Bar-)Vermögen darf 5.000 Euro nicht übersteigen. Aufgrund der Befristung bis Ende des Jahres ist diese Maßnahme vom Volumen zu gering für eine Bewertung, allerdings geht die Förderung bereits in eine falsche Richtung: Die beste Maßnahme wäre eine private Versicherungspflicht, wobei insbesondere auf eine Kapitaldeckung zu achten wäre.

3.2.4 Steuer- und Finanzpolitik

Auf dem Gebiet der Steuer und Finanzpolitik gab es wenig Bewegung und der Indikator hat sich nach einem kleinen Zwischenhoch bei 113,6 Punkten eingependelt (Abbildung 3-8). Die Befürchtung, dass die neue Regierung die Senkung der Körperschaftssteuern auf 25 Prozent rückgängig machen könnte, erwies sich als unbegründet, obwohl die SPÖ als Oppositionspartei die Steuersenkung noch vehement abgelehnt hatte.

In einem Zeitungsinterview hat Kanzler Alfred Gusenbauer hingegen das niedrige Steuerniveau unter der Schlagzeile „Steuern runter macht auch Deutsche munter“ als Standortvorteil gepriesen.¹⁴ In Österreich hat sich in der Tat bestätigt, was Ökonomen als den „Laffer-Kurven-Effekt“ bezeichnen: Eine Senkung der Steuersätze führt demnach innerhalb eines bestimmten Intervalls zu einer Erhöhung des Steueraufkommens, da niedrigere Steuersätze Anreize für mehr Investitionen schaffen und das wirtschaftliche Aktivitätsniveau generell stimulieren. Außerdem wird durch einen niedrigeren Steuersatz die Schattenwirtschaft eingedämmt und dadurch mehr Steuergerechtigkeit hergestellt. Für 2010 ist eine weitere Steuerreform geplant, bei der Spitzen und Grenzsteuersätze der Einkommenssteuer gesenkt werden sollen. Details sind derzeit jedoch noch nicht bekannt.

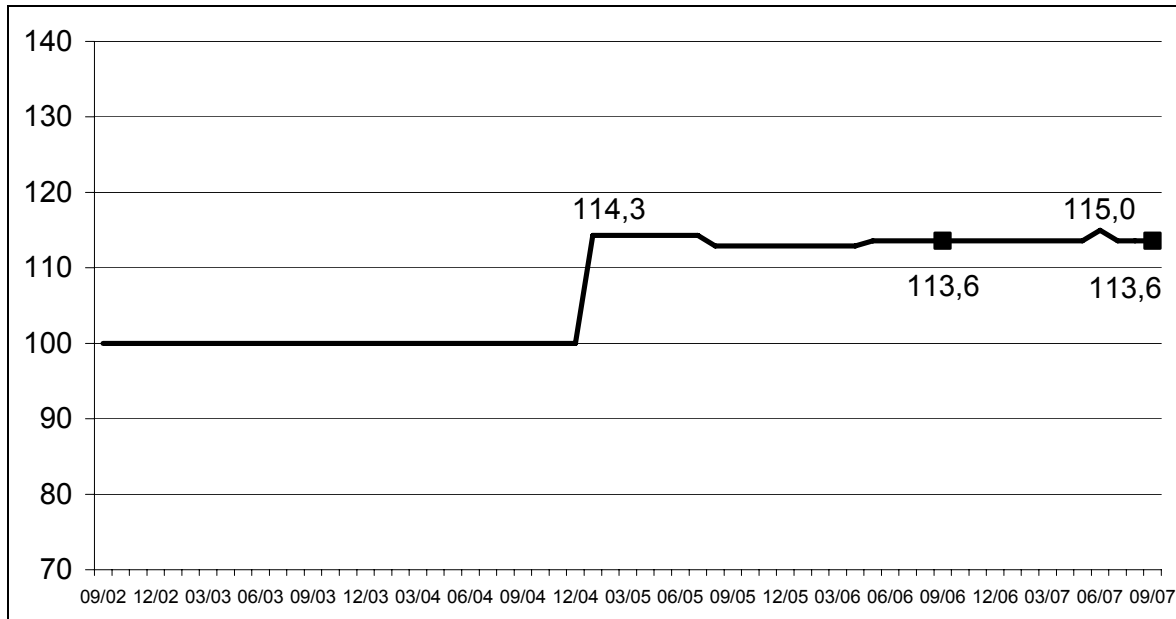
¹³ Pflegegeld kann in Anspruch genommen werden, wenn ständiger Betreuungs- und Hilfsbedarf wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung besteht. Das Pflegegeld ist in sieben Stufen unterteilt, die sich nach dem monatlichen Pflegeaufwand in Stunden richten. Die unterste Pflegestufe 1 entspricht einem Pflegeaufwand von 50 bis 75 Stunden in der Woche und das entsprechende Pflegegeld beträgt monatlich 148,30 Euro. Das Pflegegeld erhöht sich auf 1.562,10 Euro in der höchsten Pflegestufe 7 (mehr als 180 Stunden Pflegeaufwand).

¹⁴ Interview mit Österreichs Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bild-Zeitung vom 11.5.2007.

Abbildung 3-8

Österreich: Teilindikator Steuer- und Finanzpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: WKÖ

Zwei wichtige steuerrelevante Entscheidungen wurden durch Urteile des Verfassungsgerichtshofs ausgelöst: Der Verfassungsgerichtshof hat im März die Erbschaftssteuer und im Juni die Schenkungssteuer in ihrer jetzigen Form als verfassungswidrig aufgehoben. Der Politik ist aufgetragen worden, bis zum 31.7.2008 Verfassungskonformität herzustellen. Allerdings möchte keine der beiden Regierungsparteien die Steuer ändern, und man hat sich darauf geeinigt, Erb- und Schenkungssteuer zum 31.7.2008 auslaufen zu lassen. Das Aufkommen der Erbschafts- und Schenkungssteuer lag im Durchschnitt der letzten fünf Jahre bei 147 Millionen Euro.

Die Steuerbelastung stieg jedoch durch die zum 1.7.2007 erfolgte Erhöhung der Mineralölsteuer um 3,6 Cent auf 44,7 Cent für Benzin bzw. um 6 Cent auf 34,7 Cent für Diesel. Mit den erwarteten jährlichen Einnahmen von 150 Millionen Euro soll bis 2010 ein österreichischer Klimafonds gespeist werden, aus dem Ziele bezüglich Energieeffizienz, Erneuerbaren Energieträgern, Treibhausgasemissionsreduktionen, Förderung der Umwelttechnikbranche sowie klimarelevante Forschung unterstützt werden sollen. Umweltpolitische Aspekte ausklammernd wurde diese Maßnahme negativ bewertet, da die Verbrauchsteuerbelastung steigt.

3.2.5 Reformbarometer für Österreich – Monatswerte

Monat	Arbeitsmarkt-politik	Sozial-politik	Steuer- und Finanz-politik	Reform-barometer*	Monat	Arbeitsmarkt-politik	Sozial-politik	Steuer- und Finanz-politik	Reform-barometer*
09/02	100,0	100,0	100,0	100,0	10/05	113,4	116,4	112,9	114,2
10/02	100,0	100,0	100,0	100,0	11/05	113,4	116,4	112,9	114,2
11/02	100,0	100,0	100,0	100,0	12/05	113,4	116,4	112,9	114,2
12/02	100,0	100,0	100,0	100,0	01/06	112,6	117,3	112,9	114,3
01/03	106,7	105,5	100,0	104,1	02/06	112,6	117,3	112,9	114,3
02/03	106,7	105,5	100,0	104,1	03/06	112,6	117,3	112,9	114,3
03/03	106,7	105,5	100,0	104,1	04/06	112,6	117,3	112,9	114,3
04/03	106,7	105,5	100,0	104,1	05/06	112,6	117,3	113,6	114,5
05/03	106,7	105,5	100,0	104,1	06/06	112,6	117,3	113,6	114,5
06/03	106,7	105,5	100,0	104,1	07/06	112,6	117,3	113,6	114,5
07/03	108,4	105,5	100,0	104,6	08/06	112,6	117,3	113,6	114,5
08/03	108,4	105,5	100,0	104,6	09/06	112,6	117,3	113,6	114,5
09/03	108,4	105,5	100,0	104,6	10/06	112,6	117,3	113,6	114,5
10/03	108,4	105,5	100,0	104,6	11/06	112,6	117,3	113,6	114,5
11/03	108,4	105,5	100,0	104,6	12/06	112,6	117,3	113,6	114,5
12/03	108,4	105,5	100,0	104,6	01/07	112,6	117,3	113,6	114,5
01/04	113,4	107,3	100,0	106,9	02/07	112,6	117,3	113,6	114,5
02/04	113,4	107,3	100,0	106,9	03/07	112,6	117,3	113,6	114,5
03/04	113,4	107,3	100,0	106,9	04/07	112,6	117,3	113,6	114,5
04/04	113,4	107,3	100,0	106,9	05/07	114,3	117,3	113,6	115,1
05/04	113,4	107,3	100,0	106,9	06/07	114,3	117,3	115,0	115,5
06/04	113,4	107,3	100,0	106,9	07/07	111,0	111,8	113,6	112,1
07/04	111,7	107,3	100,0	106,3	08/07	111,0	111,8	113,6	112,1
08/04	110,0	109,1	100,0	106,4	09/07	111,0	111,8	113,6	112,1
09/04	110,0	109,1	100,0	106,4	Ausgangswert (September 2002) = 100; Werte über 100: Verbesserung; Werte unter 100: Verschlechterung; * Durchschnitt der drei Teilindikatoren, alle Ergebnisse auf die erste Nachkommastelle gerundet.				
10/04	111,7	109,1	100,0	106,9					
11/04	111,7	109,1	100,0	106,9					
12/04	111,7	109,1	100,0	106,9					
01/05	113,4	116,4	114,3	114,7					
02/05	113,4	116,4	114,3	114,7					
03/05	113,4	116,4	114,3	114,7					
04/05	113,4	116,4	114,3	114,7					
05/05	113,4	116,4	114,3	114,7					
06/05	113,4	116,4	114,3	114,7					
07/05	113,4	116,4	114,3	114,7					
08/05	113,4	116,4	112,9	114,2					
09/05	113,4	116,4	112,9	114,2					

Quelle: WKÖ

3.3 Schweiz

3.3.1 Einleitung

Nach einer langen Phase mit bescheidenen Wachstumsraten hat sich die Schweiz bereits seit 2004 sehr dynamisch entwickelt. Angetrieben wird das wieder gewonnene Wachstum in erster Linie von der ausgesprochen lebhaften Weltkonjunktur. Doch weder die gute Konjunkturlage noch das vergleichsweise hohe Wohlstandsniveau garantieren eine positive zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Das Reformbarometer zeigt, dass die Schweiz seit September 2002 zwar die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verbessert hat. Die Reformschritte sind allerdings weniger rasch und in einem geringeren Ausmaß erfolgt als in Österreich und Deutschland. Aber immerhin: In der hier betrachteten Periode von Oktober 2006 bis September 2007 hat die Schweiz wieder an Boden gut gemacht. Dies ist allerdings nicht darauf zurückzuführen, dass sich die Schweiz durch einen ausgeprägten Reformwillen ausgezeichnet hätte. Der Grund für das Aufholen der Schweiz begründet sich vielmehr durch Reformrückschritte in Österreich und Reformstillstand in Deutschland.

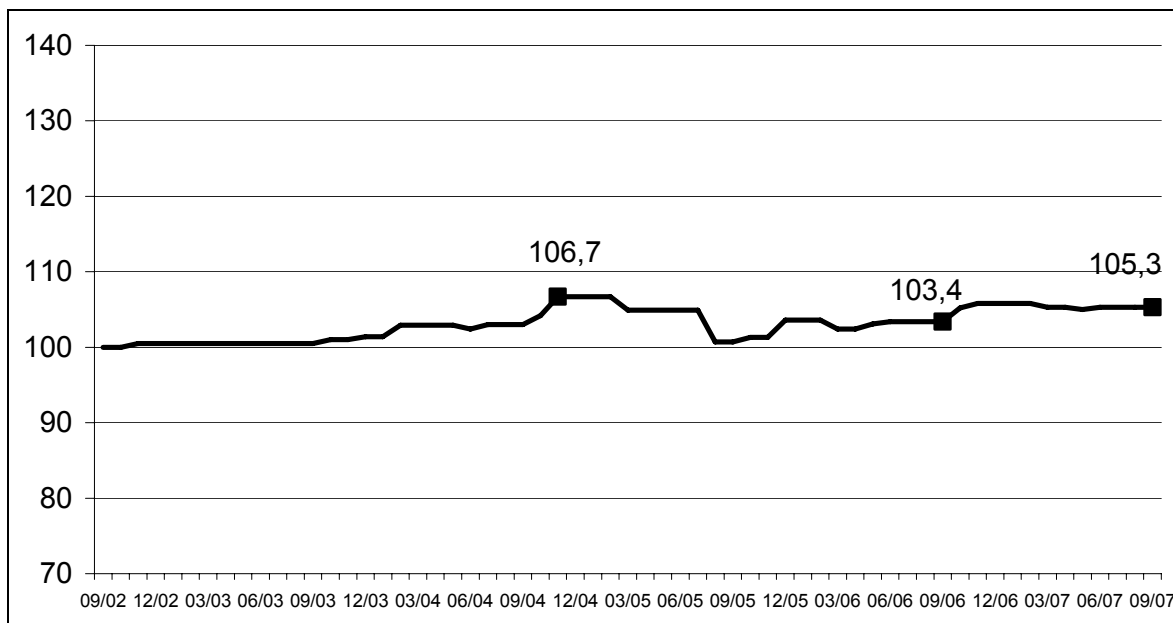
Seit Oktober 2006 hat sich das Schweizer Reformbarometer von insgesamt 103,4 auf 105,3 Punkte erhöht (Abbildung 3-9). Der Anstieg ist auf Fortschritte bei allen drei Teilindikatoren, die mehrheitlich bereits Ende 2006 erreicht wurden, zurückzuführen. Sie weisen Ende September 2007 folgenden Schlusstand auf (Ausgangswert September 2002 = 100 Punkte):

- Arbeitsmarktpolitik: 108,3 Punkte
- Sozialpolitik 91,8 Punkte
- Steuer- und Finanzpolitik: 115,7 Punkte

Abbildung 3-9

Das Reformbarometer für die Schweiz

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Avenir Suisse

Insgesamt ist die Schweizer Reformbilanz seit Oktober 2006 bescheiden ausgefallen. In dieser Hinsicht blieb der konjunkturelle Aufschwung ungenutzt. Im Wahljahr 2007 wurden vorwiegend Vorlagen zum Abschluss gebracht, die bereits früher in die Wege geleitet worden waren. Ein eher unrühmliches Schicksal ereilte hingegen wichtige, aber unpopuläre Reformmaßnahmen. Beispielsweise wurde die Senkung des Rentenumwandlungssatzes¹⁵ in der beruflichen Vorsorge im Parlament zum – vorläufigen – Scheitern gebracht, und die ursprünglich geplante Unternehmenssteuerreform wurde verwässert.

3.3.2 Arbeitsmarktpolitik

Der Arbeitsmarkt in der Schweiz befindet sich in einer ausgezeichneten Verfassung. Dank der geringen Regulierungsdichte konnte der anhaltende konjunkturelle Aufschwung auf breiter Front rasch in neue Beschäftigung umgemünzt werden. Bereits zeigen sich Engpässe, die allerdings dank des Freizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union (EU) in Grenzen gehalten werden können. Insbesondere aus Deutschland gibt es einen beträchtlichen Zustrom an Arbeitskräften. Während die Engpässe heute vor allem konjunkturell bedingt sind, stellt die demographische Entwicklung eine ungleich größere Herausforderung dar. Die sich anbahnende Pensionierungswelle der „Babyboom-Generation“ droht insbesondere in den Jahren 2015 bis 2035 den Pool an Arbeitskräften zusehends auszutrocknen.

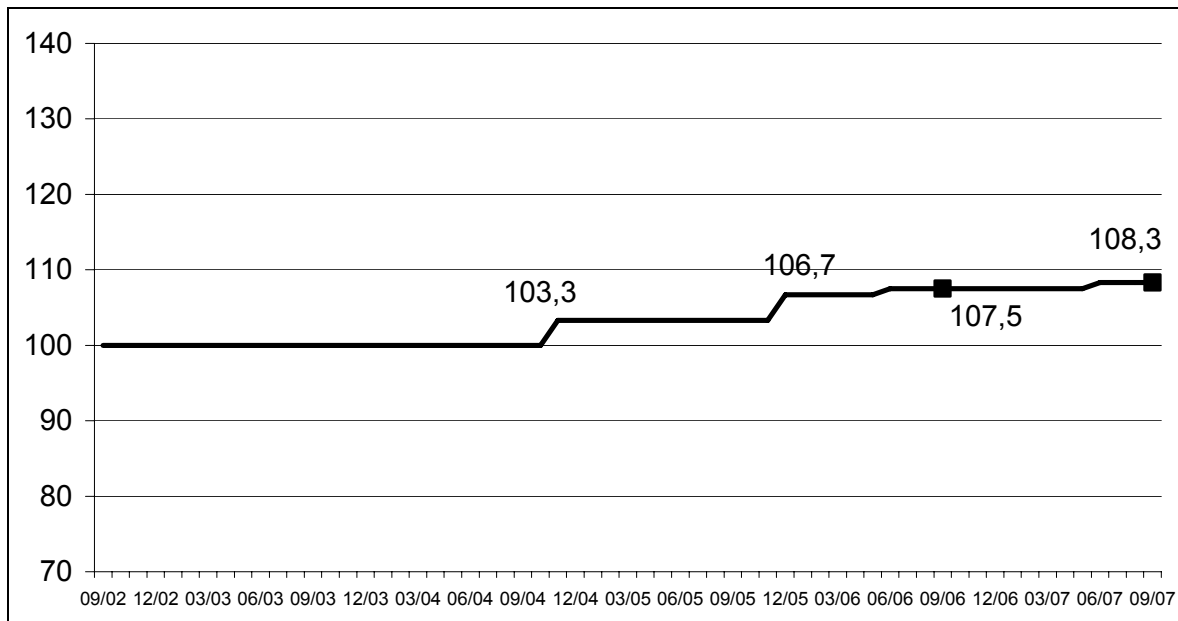
Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Beschäftigungsquote bei den 55- bis 64-Jährigen Personen mit 65 Prozent bereits heute sehr hoch (EU 15: 44,5 Prozent im Jahr 2005). Die Schweiz dürfte damit noch vor anderen Ländern darauf angewiesen sein, das Pensionierungsalter nach oben zu flexibilisieren, um das vorhandene Potenzial bei älteren Arbeitskräften besser auszuschöpfen. In dieser Hinsicht werden die im Rahmen einer Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge (BVG) vorgesehenen Maßnahmen positiv bewertet, welche den Zugang für Personen im Pensionierungsalter auf den Arbeitsmarkt erleichtern. Dazu zählt, dass eine Weiterarbeit nicht nur möglich ist, sondern dass auch die Rente aufgeschoben und der Verdienst weiterhin versichert werden kann. Auch bei der Reduktion des Arbeitspensums soll freiwillig der frühere Lohn versichert werden können, um Abstriche bei den Altersleistungen zu vermeiden. Der Teilindikator „Arbeitsmarktpolitik“ ist dadurch von 107,5 Punkten im September 2006 auf 108,3 Punkte im September 2007 angestiegen (Abbildung 3-10).

¹⁵ Der Rentenumwandlungssatz drückt aus, wie hoch die Jahresrente in Prozent des angesparten Vorsorgeguthabens bei der Pensionierung ausfällt.

Abbildung 3-10

Schweiz: Teilindikator Arbeitsmarktpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Avenir Suisse

Darüber hinaus sind in der betrachteten Zeitperiode keine weiteren bewertungsrelevanten arbeitsmarktpolitischen Reformen initiiert oder umgesetzt worden. Ebenfalls nicht bewertungsrelevant sind Gesamtarbeitsverträge, die – neben den gesetzlichen Bestimmungen – ein wichtiges arbeitsrechtliches Instrument sind.¹⁶ Es kann festgestellt werden, dass Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter verstärkt auf dieses Instrument zurückgreifen, wobei neben Arbeitsbedingungen zunehmend auch (Mindest-)Löhne Bestandteil der Abmachungen sind (vgl. BSV 2007). Die Entwicklung dürfte eine Folge der mit dem Freizügigkeitsabkommen verbundenen flankierenden Maßnahmen gegen sogenanntes Lohn- und Sozialdumping sein. Gerade eher traditionelle und binnenorientierte Branchen versprechen sich von Gesamtarbeitsverträgen einen stärkeren Schutz vor Konkurrenz; denn ausländische Betriebe, die Personal in die Schweiz entsenden, müssen allgemeinverbindlich erklärte Arbeits- und Lohnbedingungen in der Schweiz einhalten. Je weiter die Verträge gefasst werden, desto eher können letztlich auch die Vorteile des flexiblen Arbeitsmarktes unterlaufen werden.

3.3.3 Sozialpolitik

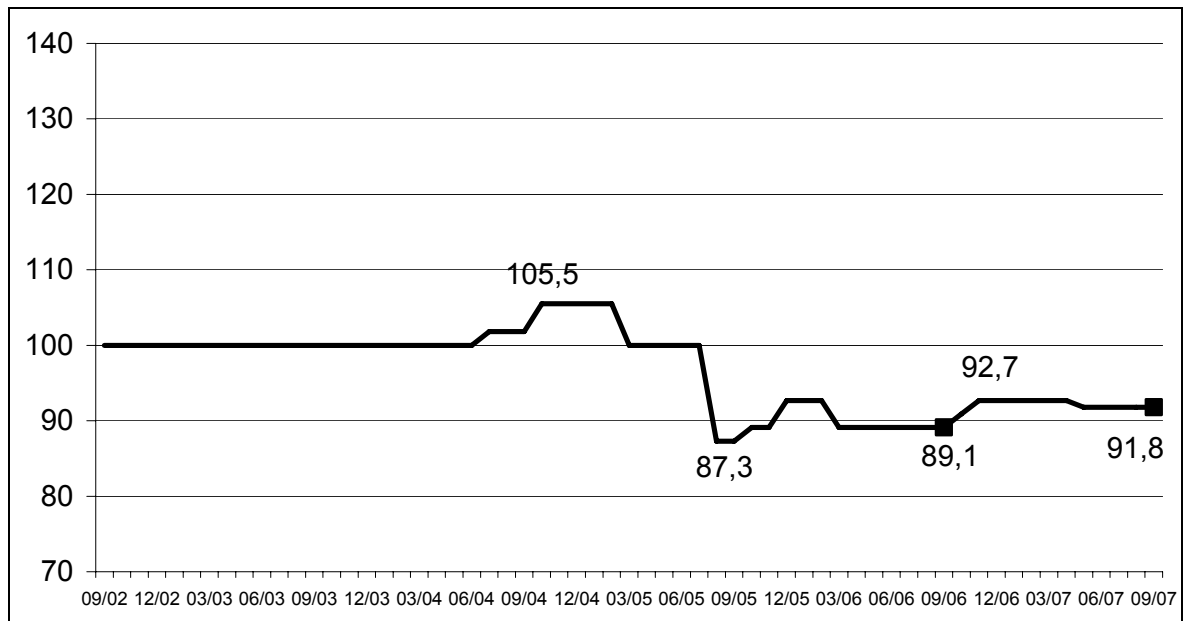
In der Sozialpolitik besteht nach wie vor großer Reformbedarf, der jedoch kaum in den politischen Maßnahmen zum Ausdruck kommt. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass der Teilindikator „Sozialpolitik“ nach wie vor deutlich unter dem Ausgangswert von 100 Punkten im September 2002 liegt. Immerhin ist seit September 2006 eine Verbesserung von 89,1 Punkten auf 91,8 Punkte zu verzeichnen (Abbildung 3-11).

¹⁶ Der schweizer Gesamtarbeitsvertrag ist mit dem deutschen Tarifvertrag oder dem österreichischen Kollektivvertrag vergleichbar. Es handelt sich dabei um eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften über Arbeitsbedingungen wie Arbeitszeiten, Kündigungsfristen oder Mindestlöhne.

Abbildung 3-11

Schweiz: Teilindikator Sozialpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Avenir Suisse

Einen Beitrag zu diesem Anstieg hat die 5. Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (5. IV-Revision) geleistet. Die Vorlage hat zum Ziel, den Trend zu immer mehr ausbezahlten (Neu-)Renten zu brechen. Die Vorlage wurde am 6.10.2006 vom Parlament verabschiedet und am 17.6.2007 auch in der Volksabstimmung gutgeheißen. Insbesondere weil im Rahmen der parlamentarischen Beratung von der ursprünglich vorgesehen Erhöhung des Beitragssatzes von 1,4 auf 1,5 Prozent des Erwerbseinkommens abgesehen wurde, führt die Vorlage zur positiven Korrektur der bereits im August 2005 bewerteten Vorlage des Bundesrates.¹⁷ Noch ausstehend ist hingegen die Regelung der Zusatzfinanzierung; sie wurde von der inhaltlichen Revision entkoppelt. Ende 2006 betrug die Verschuldung der IV 9,3 Milliarden Schweizer Franken (rund 5,6 Milliarden Euro). Die Vorlage zu einer befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer ist im März 2007 im Nationalrat gescheitert. Nun müssen die Beratungen in dieser Frage wieder von vorne beginnen.

Einen mutigen Reformschritt hat der Bundesrat in seiner Botschaft vom 22.11.2006 betreffend die Anpassung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge (BVG) in die Wege geleitet. Der Umwandlungssatz bestimmt, wie das angesparte Alterskapital in eine jährliche Rente umgewandelt wird. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der längerfristig niedrigeren Renditeaussichten muss er rascher und stärker gesenkt werden, als im Rahmen der 1. BVG-Revision von 2003 beschlossen wurde. Andernfalls kommt es von 2008 bis 2018 zu einer – systemfremden – Quersubventionierung der Rentnergeneration durch die aktive Bevölkerung im Umfang von 5,4 Milliarden Schweizer Franken oder rund 3,3 Milliarden Euro (BSV 2007).

Um dies zu vermeiden, soll der Umwandlungssatz von heute 7,1 Prozent für Männer und 7,2 Prozent für Frauen nach dem Willen des Bundesrates bis 2011 auf 6,4 Prozent gesenkt werden (statt auf 6,8 Prozent bis 2014 gemäß 1. BVG-Revision). Mit Blick auf die noch nicht abgeschlossenen parlamentarischen Beratungen ist indessen die Gefahr groß, dass die positive Bewertung wieder nach unten korrigiert werden muss: Nachdem die Vorlage in der Kommissi-

¹⁷ Vgl. Scharnagel/Mahlich/Beck, 2006, S.94 f.

on für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates noch durch eine Verlangsamung des Abbaupfades verwässert wurde, scheiterte die Vorlage im Juni 2007 in der Schlussabstimmung im Ständerat¹⁸ gänzlich. Damit verstreicht unnötig Zeit, bis der zu hohe Satz an demographische und ökonomische Realitäten angepasst werden kann, denn als nächstes muss der Nationalrat wieder mit den Beratungen von vorne beginnen. Solange wird weiterhin mehr an Rente ausbezahlt, als an Alterskapital an sich vorhanden ist.

Eine weitere Anpassung des BVG hat der Bundesrat im Juni 2007 vorgeschlagen. Das Paket umfasst zwei Vorlagen. Die erste bezweckt durch strukturelle Reformen eine Stärkung der – heute trotz hoher Regulierungsdichte uneinheitlichen und mangelhaften – Aufsicht. Sie soll zum einen kantonalisiert und regionalisiert werden, und zum anderen soll die Oberaufsicht – über die berufliche Vorsorge mit der Schaffung einer Oberaufsichtskommission auf Bundesebene gestärkt werden. Mit der Aufnahme von zusätzlichen Governance-Bestimmungen werden Aufgaben und Verantwortlichkeiten klar umschrieben. Zwar soll die Vorsorge mit diesen Schritten stabiler und sicherer werden, doch gleichzeitig wird das bereits heute immense Regelwerk noch komplexer und es entstehen höhere Durchführungskosten. Sie schlagen sich im Reformbarometer leicht negativ nieder. Die zweite Vorlage enthält Maßnahmen zur Erleichterung der Erwerbstätigkeit von älteren Personen auch im Pensionierungsalter. Sie führen zu der bereits erläuterten Verbesserung des Teilindikators „Arbeitsmarktpolitik“ (siehe Abschnitt 3.3.2).

3.3.4 Steuer- und Finanzpolitik

Im Bereich der Finanz- und Steuerpolitik sind zahlreiche Reformen in die Bewertung eingeflossen. Trotz einiger Rückschläge hat sich der Teilindikator insgesamt von 113,6 im September 2006 auf 115,7 Punkte im September 2007 verbessert (Abbildung 3-12).

Im Oktober 2006 hat das Parlament eine gewichtige Vorlage unter Dach und Fach gebracht: das Bundesgesetz über die Schaffung und die Änderung von Erlassen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Die Vorlage zielt auf eine Modernisierung des Föderalismus. Im Vordergrund stehen die Entflechtung von Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Insgesamt werden 33 Bundesgesetze revidiert (diese beziehen sich beispielsweise auf Nationalstraßen, Ergänzungsleistungen, Integration von Behinderten etc.). Dies wurde in Form eines Mantelerlasses verabschiedet.

Mit der Aufgabenentflechtung entfallen auch zweckgebundene Subventionen an die Kantone. An deren Stelle werden Global- und Pauschalsubventionen ausgerichtet, wodurch die Finanzflüsse transparenter, kantonale Unterschiede in den Finanzressourcen verringert und die Handlungsspielräume der Kantone erhöht werden. Die Steuerstruktur wird mit der NFA wachstumsfreundlicher, was im Reformbarometer positiv bewertet wird. Zwar sind Schätzungen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, doch gemäß Bodmer und Beljean (2005) ist gemessen am Bruttoninlandprodukt von einem Wachstumseffekt zwischen 0,2 und 1,1 Prozent auszugehen.

Grundsätzlich ist die NFA haushaltneutral ausgestaltet, d. h. die finanziellen Be- und Entlastungen zwischen Bund und Kantonen gleichen sich insgesamt aus. Eine Ausnahme bildet allerdings der so genannte Härteausgleich. Er soll verhindern, dass einzelne Kantone mit der NFA weniger finanzielle Zuweisungen erhalten als mit dem heutigen System. Dies verursacht zusätzliche Kosten, welche die insgesamt positive Bewertung der NFA etwas trüben. Auf den Bund entfallen knapp 300 Millionen Schweizer Franken pro Jahr (rund 182 Millionen Euro). Der

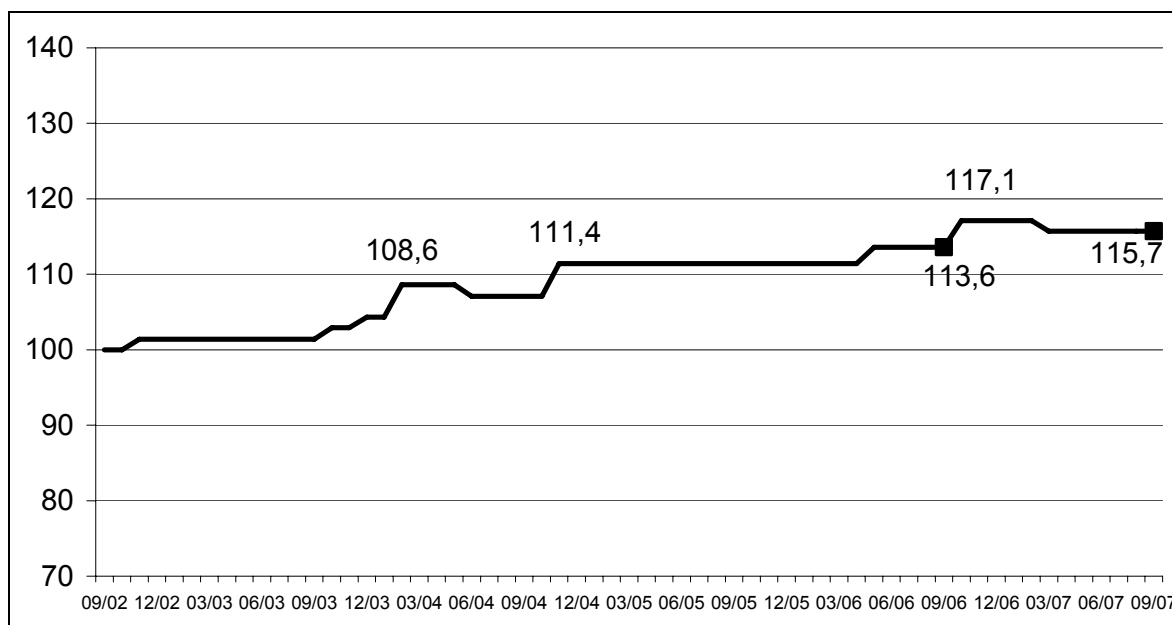
¹⁸ Der Ständerat setzt sich aus 46 Vertreterinnen oder Vertretern der Schweizer Kantone zusammen. Der Nationalrat zählt 200 Mitglieder. Er vertritt das Schweizer Volk.

Härteausgleich wird während acht Jahren fix in diesem Ausmaß ausgerichtet, anschließend wird das Volumen jedes Jahr um 5 Prozent reduziert. Erst im Jahr 2035 läuft das Instrument aus.

Abbildung 3-12

Schweiz: Teilindikator Steuer- und Finanzpolitik

September 2002 = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Avenir Suisse

Im Oktober 2006 hat der Bundesrat einen Gesetzesentwurf zur Vereinfachung der Nachbesteuerung in Erbfällen vorgelegt. Es soll ein Anreiz geschaffen werden, dass hinterzogene Vermögen sowie daraus fließende Erträge der Legalität zugeführt werden. Nachsteuern inklusive Verzugszinsen sollen nur noch für den Zeitraum von drei statt zehn Jahren bezahlt werden. Die Vorlage sieht zudem die Einführung einer einmaligen straflosen Selbstanzeige vor, d. h. es wird keine Buße auferlegt. Zu entrichten sind indessen die ordentliche Nachsteuer sowie Verzugszinsen. Beide Änderungen gelten sowohl für die direkte Bundessteuer als auch die kantonalen Steuern und Gemeindesteuern. Da es naturgemäß keine verlässlichen Statistiken über nicht versteuerte Vermögen und Einkommen gibt, können keine eindeutigen Angaben über die fiskalischen Auswirkungen gemacht werden. Da das Nachsteuerverfahren deutlich vereinfacht wird, führt die Reform zu einer leichten Verbesserung des Teilindikators „Finanz- und Steuerpolitik“.

Eine nachhaltige Finanzpolitik setzt auch in der kurzen Frist Budgetdisziplin voraus. In der Vergangenheit hat die so genannte Kreditsperre zur Gewährleistung eines mit der Schuldenbremse konformen Haushaltes beigetragen.¹⁹ In den letzten neun Jahren wurden Mittel in Höhe von rund 150 Millionen Schweizer Franken pro Jahr gesperrt (rund 91 Millionen Euro), wobei rund 20 Prozent später wieder frei gegeben wurden. Da die gesetzliche Grundlage für die Kreditsperre Ende 2007 auslaufen wird, ist dieses Instrument im Rahmen einer Teilrevision

¹⁹ Die Kreditsperre ermächtigt das Parlament im Rahmen des Voranschlags die bewilligten Zahlungsrahmen, Verpflichtungskredite und Voranschlagskredite teilweise zu sperren. Sie gilt jeweils für das Voranschlagjahr. Im Gegensatz zu Budgetkürzungen durch das Parlament können Kreditsperren vom Bundesrat ganz oder teilweise aufgehoben werden, sofern dies zur Einhaltung zwingender gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen erforderlich ist.

des Finanzhaushaltgesetzes dauerhaft verankert worden. Damit sind gemäß Bundesrat kurzfristige Entlastungen des Haushalts in Höhe von 200 bis maximal 600 Millionen Schweizer Franken möglich (rund 121 bis 364 Millionen Euro). Die Vorteile der Kreditsperre sind die rasche Umsetzbarkeit, die flächendeckende Anwendbarkeit sowie die flexible Ausgestaltungsmöglichkeit. Die Reform schlägt sich in einer leichten Verbesserung des Teilindikators „Finanz- und Steuerpolitik“ nieder.

Bereits im Juni 2005 wurde die Vorlage des Bundesrates zur Unternehmenssteuerreform II positiv bewertet.²⁰ Nachdem die Reform nun die parlamentarische Hürde im März 2007 passiert hat, drängt sich allerdings wieder eine Korrektur des Barometers nach unten auf. Zwar wurde die steuerliche Doppelbelastung der Unternehmensgewinne noch etwas stärker abgemildert. Gleichzeitig aber wurde der Kreis der Aktionäre eingeschränkt, die davon profitieren: Die Teilbesteuerung gilt nur für Anteilseigner mit mindestens 10 Prozent Beteiligung an der Kapitalgesellschaft. Aus finanzwissenschaftlicher Sicht ist diese willkürliche Ungleichbehandlung nicht nachvollziehbar. Besonders für Investoren wird die Steuererleichterung entwertet; ursprünglich prognostizierte Wachstumsimpulse werden somit gemindert. Abgeschliffen wurde die Vorlage aus Furcht vor einem Referendum, das allerdings gleichwohl erfolgreich ergriffen wurde. Das Volk wird am 24.2.2008 über die Vorlage befinden.

²⁰ Vgl. Scharnagel/Mahlich/Beck, 2006, S. 98

3.3.5 Reformbarometer für die Schweiz – Monatswerte

Monat	Arbeitsmarkt-politik	Sozial-politik	Steuer-und Fi-nanz-politik	Reform-baro-meter*	Monat	Arbeitsmarkt-politik	Sozial-politik	Steuer-und Finanz-politik	Reform-baro-meter*
09/02	100,0	100,0	100,0	100,0	10/05	103,3	89,1	111,4	101,3
10/02	100,0	100,0	100,0	100,0	11/05	103,3	89,1	111,4	101,3
11/02	100,0	100,0	101,4	100,5	12/05	106,7	92,7	111,4	103,6
12/02	100,0	100,0	101,4	100,5	01/06	106,7	92,7	111,4	103,6
01/03	100,0	100,0	101,4	100,5	02/06	106,7	92,7	111,4	103,6
02/03	100,0	100,0	101,4	100,5	03/06	106,7	89,1	111,4	102,4
03/03	100,0	100,0	101,4	100,5	04/06	106,7	89,1	111,4	102,4
04/03	100,0	100,0	101,4	100,5	05/06	106,7	89,1	113,6	103,1
05/03	100,0	100,0	101,4	100,5	06/06	107,5	89,1	113,6	103,4
06/03	100,0	100,0	101,4	100,5	07/06	107,5	89,1	113,6	103,4
07/03	100,0	100,0	101,4	100,5	08/06	107,5	89,1	113,6	103,4
08/03	100,0	100,0	101,4	100,5	09/06	107,5	89,1	113,6	103,4
09/03	100,0	100,0	101,4	100,5	10/06	107,5	90,9	117,1	105,2
10/03	100,0	100,0	102,9	101,0	11/06	107,5	92,7	117,1	105,8
11/03	100,0	100,0	102,9	101,0	12/06	107,5	92,7	117,1	105,8
12/03	100,0	100,0	104,3	101,4	01/07	107,5	92,7	117,1	105,8
01/04	100,0	100,0	104,3	101,4	02/07	107,5	92,7	117,1	105,8
02/04	100,0	100,0	108,6	102,9	03/07	107,5	92,7	115,7	105,3
03/04	100,0	100,0	108,6	102,9	04/07	107,5	92,7	115,7	105,3
04/04	100,0	100,0	108,6	102,9	05/07	107,5	91,8	115,7	105,0
05/04	100,0	100,0	108,6	102,9	06/07	108,3	91,8	115,7	105,3
06/04	100,0	100,0	107,1	102,4	07/07	108,3	91,8	115,7	105,3
07/04	100,0	101,8	107,1	103,0	08/07	108,3	91,8	115,7	105,3
08/04	100,0	101,8	107,1	103,0	09/07	108,3	91,8	115,7	105,3
09/04	100,0	101,8	107,1	103,0					
10/04	100,0	105,5	107,1	104,2					
11/04	103,3	105,5	111,4	106,7					
12/04	103,3	105,5	111,4	106,7					
01/05	103,3	105,5	111,4	106,7					
02/05	103,3	105,5	111,4	106,7					
03/05	103,3	100,0	111,4	104,9					
04/05	103,3	100,0	111,4	104,9					
05/05	103,3	100,0	111,4	104,9					
06/05	103,3	100,0	111,4	104,9					
07/05	103,3	100,0	111,4	104,9					
08/05	103,3	87,3	111,4	100,7					
09/05	103,3	87,3	111,4	100,7					

Ausgangswert (September 2002) = 100;
Werte über 100: Verbesserung; Werte unter 100: Verschlechterung;

* Durchschnitt der drei Teilindikatoren, alle Ergebnisse auf die erste Nachkommastelle gerundet.

Quelle: Avenir Suisse

4 Reformpolitische Lehren

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz scheint sich derzeit auf dem Aufschwung auszuruhen. Die im Vergleich zu den Vorjahren komfortablere Lage – sinkende Arbeitslosigkeit in Deutschland sowie ohnehin schon niedrige Arbeitslosigkeit in Österreich und der Schweiz, steigende Beschäftigung, höhere Einkommen und (nahezu) ausgeglichene Staatsbudgets – dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im intensiver werdenden Standortwettbewerb bestehende Vorteile rasch schwinden, wenn die Rahmenbedingungen nicht kontinuierlich überdacht und verbessert werden. Andernfalls sind nicht nur negative Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung zu erwarten. Auch Verteilungskämpfe zwischen den Generationen werden an Brisanz gewinnen.

Vor diesem Hintergrund scheint es geradezu paradox, dass im gegenwärtigen Konjunkturoptimum die Reformanstrengungen erlahmen. Die gute Ausgangslage bleibt nicht nur ungenutzt; sie verleitet vielmehr zu Status-quo-Denken und einem nur zögerlichen Anpacken von Reformen. Im zurückliegenden Jahr hat lediglich die Schweiz geringe Reformfortschritte erzielt, in Deutschland haben sich Verbesserungen und Verschlechterungen gerade noch die Waage gehalten, und in Österreich sind gar Reformrückschritte zu verzeichnen. Der Reformeifer scheint damit umgekehrt proportional zum konjunkturellen Klima zu stehen, obwohl gerade Reformen im Bereich der Sozialpolitik in wirtschaftlich guten Phasen leichter umzusetzen sind. Angesichts der anstehenden demografischen Veränderungen wäre jetzt die Zeit günstig, um Zukunftsvorsorge zu treffen. Hingegen lautet die Logik der Politik offenbar, dass in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen auch mehr Geld vorhanden ist, um Geschenke an die Wähler zu verteilen. Wer dennoch auf die Notwendigkeit struktureller Reformen hinweist, gilt als Spielverderber.

Dabei kann jedes Land auf Reformenerfolge in der jüngeren Vergangenheit verweisen. So lässt sich beispielsweise für Deutschland zeigen, dass sich dort nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verbessert haben. Auch die Reformdividende in Form eines höheren Trendwachstums und mehr Beschäftigung verdeutlicht, dass sich die Anstrengungen der Vergangenheit gelohnt haben. Nicht nur die Restrukturierung der Unternehmen und die moderaten Lohnabschlüsse haben dazu beigetragen, dass die Wirtschaft wieder stärker wächst. Auch die Politik kann sich rund ein Drittel der Wachstumsbeschleunigung zurechnen – vor allem die Reformenerfolge der Agenda 2010 haben das Wachstumspotenzial gesteigert.²¹

Die Schweiz konnte vor allem dank der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse den Staatshaushalt im Lot halten. Doch dies bedeutet keine Gewähr für die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik. In dieser Hinsicht ist weniger die explizit ausgewiesene Staatsschuld als vielmehr die – in allen drei Ländern hohe – implizite Verschuldung besorgniserregend. Sie ergibt sich insbesondere aus den Zahlungsverpflichtungen, welche die im Umlageverfahren finanzierten Sozialversicherungen beinhalten.

Generell bleibt festzuhalten, dass lediglich einmalige Verbesserungen häufig nicht ausreichen, das Wachstumspotenzial langfristig zu stärken. Denn erst ein stabiles wirtschaftspolitisches Umfeld, das die Wettbewerbskräfte zur Entfaltung bringt, wirkt über die Zeit potenzialsteigernd. Zudem müssen die Erwartungen der Investoren stabilisiert werden. Nur bei einem verlässlichen wirtschaftspolitischen Rahmen binden sich die Unternehmen mit Kapital an ihre Standorte, schaffen Arbeitsplätze und sichern damit das Einkommen der Menschen. Da die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht konstant bleiben, sondern sich im Strukturwandel ständig verändern, sollten die Regierungen immer wieder die nationalen Rahmenbedingungen

²¹ Grömling/Plünnecke/Scharnagel, 2007a.

auf den Prüfstand stellen.²² Der jetzt zu beobachtende reformpolitische Rückschritt in Österreich und der Stillstand in Deutschland folgt nicht dieser ökonomischen Ratio. Dies könnte jedoch Unternehmen und Beschäftigte verunsichern und zurückhaltender in ihrem Engagement werden lassen.

4.1 Deutschland

Für Deutschland bleiben die flexiblen Arbeitsmarktregeln vor allem der Schweiz, aber auch Österreichs weiterhin richtungsweisend. Kündigungsschutz, befristete Beschäftigung oder Teilzeitarbeit sind in den Alpenrepubliken viel weniger reguliert. Gleichzeitig sind beide Länder ein positives Beispiel dafür, dass ein weniger rigides Arbeitsrecht nicht zu mehr, sondern zu deutlich niedrigerer Arbeitslosigkeit führt als in Deutschland. Von der großen Koalition in Berlin ist allerdings nicht zu erwarten, dass sie das heiße Eisen „Deregulierung des Arbeitsmarktes“ bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 2009 noch anpacken wird. Hier zeigte sich ihre rot-grüne Vorgängerregierung mutiger, die im Rahmen der Agenda 2010 wenigstens die Schutzwelle im Kündigungsrecht an hob und die befristete Beschäftigung für junge Unternehmen lockerte.

In der Sozialpolitik sollte sich die Bundesregierung ebenfalls ein Beispiel an der Schweiz nehmen. Statt im Wahljahr 2009 den Gesundheitsfonds und einheitliche gesetzliche Krankenkassenbeiträge einzuführen, sollte sie wie die Eidgenossen bereits vor zehn Jahren die Finanzierung der Krankenversicherung vom Arbeitsverhältnis entkoppeln und auf einkommensunabhängige Prämien für die medizinische Grundversorgung setzen. Auf diese Weise würde der Teufelskreis durchbrochen, dass höhere Beiträge infolge von weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder künftig wegen der alternden Gesellschaft Arbeit verteuern, was wiederum dazu führt, dass weniger Arbeit nachgefragt wird und bei gesunkener Beschäftigung die Beiträge erneut steigen müssen. Zudem würde die Transparenz der Finanzierungsströme gegenüber der jetzigen Situation und dem künftigen Gesundheitsfonds steigen, wo die Umverteilung nach nicht nachvollziehbaren Kriterien erfolgt und sich nicht an der Bedürftigkeit der Empfänger orientiert. Auch bietet die Gesundheitsprämie mehr Spielraum für mehr Wettbewerb und ein präferenzgerechteres Angebot alternativer Versicherungsprodukte. Auf diese Weise würde die Effizienz der Krankenversicherung steigen.

Auch wenn Deutschland in diesem Jahr über alle Gebietskörperschaften hinweg einen ausgeglichenen Staatshaushalt hat, bedeutet dies nicht, dass finanzpolitisch alles in Ordnung sei. Nach wie vor gibt es keinen wirksamen Mechanismus, der Bund, Länder und Gemeinden davor schützt, sich übermäßig zu verschulden. Mit Schuldenbremse und Kreditsperre verfügt die Schweiz über zwei ineinander greifende Instrumente, die in den letzten Jahren das Ausgabeverhalten diszipliniert und zu Überschüssen im öffentlichen Etat geführt haben. Die deutsche Bund-Länder-Kommission für die „Föderalismusreform II“ hat sich bislang nicht auf ein entsprechendes Konzept zur Vermeidung übermäßiger Neuverschuldung und zum Abbau des Schuldenstandes einigen können.

Aus steuerpolitischer Sicht hat Österreich Vorbildcharakter: Sowohl bei der bereits Anfang 2005 in Kraft getretenen Unternehmensteuerreform als auch bei der Erbschaftsteuer hat die Bundesregierung in Wien wachstumsfreundlichere Impulse gesetzt als Schwarz-Rot an der Spree es tun möchte: Mit 25 Prozent ist die Besteuerung von Kapitalgesellschaften in Österreich bereits heute deutlich niedriger als sie ab 2008 in Deutschland mit knapp 30 Prozent sein wird. Zudem wurde in Österreich darauf verzichtet, die Steuerausfälle für den Fiskus durch systemwidrige Eingriffe wie die stärkere Substanzbesteuerung in der Gewerbesteuer, die Zins-

²² Grömling/Plünnecke/Scharnagel, 2007b, S. 38.

schranke oder die Besteuerung von Funktionsverlagerungen zu begrenzen. Ähnlich wie in Deutschland wurde in Österreich dieses Jahr die jetzige Ausgestaltung der Erbschaft- und Schenkungsteuer für verfassungswidrig erklärt. Doch statt eine Neuregelung zu finden, die weiterhin den Betriebsübergang im Erbschaftsfall behindert, beschloss die große Koalition in Wien, die Steuer im nächsten Jahr auslaufen zu lassen. Diesen Schritt werden die Berliner Amtskollegen nicht gehen. Stattdessen haben sie sich ein neues kompliziertes System ausgedacht, um das Steueraufkommen für den Fiskus zu sichern. Dabei macht die Erbschaftsteuer lediglich rund 0,7 Prozent des gesamten Steueraufkommens in Deutschland aus.

4.2 Österreich

Im letzten Jahr gab es in allen drei betrachteten Ländern bestenfalls geringe Reformfortschritte, so dass dementsprechend auch die Lernpotentiale aus dieser Zeit gering sind.

Von der Schweiz, die in der zurückliegenden Bewertungsperiode noch die beste Entwicklung hinsichtlich der Reformpolitik gemacht hat, lässt sich zumindest lernen, dass man sich in Zeiten des Aufschwungs ordnungspolitisch nicht zwangsläufig verschlechtern muss. Dort führen, nicht zuletzt aufgrund der verfassungsmäßig abgesicherten Schuldenbremse, höhere Steuereinnahmen nicht automatisch zu höheren Staatsausgaben, wie das in Österreich üblich ist. In der Schweiz werden stattdessen derzeit signifikante Haushaltsüberschüsse erzielt, mit der die Schulden getilgt werden können und daher der finanzpolitische Spielraum für die Zukunft erhöht wird. Ebenfalls hervorzuheben ist die Absicht, in der beruflichen Vorsorge die Quersubventionierung der Rentnergeneration durch die aktive Bevölkerung abzubauen. Die Regierungsvorlage hat allerdings noch einen langen Weg durch die parlamentarischen Gremien zu durchlaufen und könnte im Zuge dessen verwässert werden.

Aus Deutschland ist die im vergangenen Jahr beschlossene schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters von 65 auf 67 Jahre nachahmenswert. Obwohl in Österreich der demographische Druck ähnlich hoch ist wie in Deutschland, traut sich die Regierung in Wien nicht an eine Erhöhung des Rentenalters heran. Ganz im Gegenteil: Im Frühjahr hat die große Koalition die Frühpension durch Halbierung der Abschläge und der Verlängerung der sogenannten „Hacklerregelung“ sogar wieder attraktiver gemacht. Was Reformen auf dem Arbeitsmarkt angeht, so bietet Deutschland in diesem Jahr wenig positives Anschauungsmaterial. Der Arbeitsmarkt, der in Deutschland ohnehin schon durch rigide Regulierung beschränkt ist, könnte weiter geschwächt werden, sollte die Politik ihre Absicht in die Tat umsetzen, flächendeckend branchenspezifische Mindestlöhne zu ermöglichen. Im Vergleich zu Deutschland ist die österreichische Mindestlohnlösung pragmatisch ausgefallen und dürfte weniger verzerrend wirken. Denn anders als in Deutschland geplant, gibt es keine gesetzliche Lösung und die Höhe des Mindestlohns wurde so gewählt, dass bis zum Jahre 2009 ohnehin die meisten Tarifverträge über diesem liegen dürften. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass auch in Österreich die Tarifautonomie geschwächt wurde und Mindestlöhne aus ordnungspolitischer Sicht der falsche Weg sind, um Einkommensarmut zu bekämpfen.

Als vorbildlich hingegen sind die Erfolge Deutschlands in der Finanz- und Steuerpolitik zu bewerten: Innerhalb von fünf Jahren wurde das Defizit von 3,6 auf 0 Prozent des BIP reduziert. In Österreich hat sich das Defizit hingegen trotz besserer konjunktureller Lage im gleichen Zeitraum von 0,7 auf 0,8 Prozent des BIP verschlechtert. In den nächsten Jahren ist daher auch für Österreich eine höhere Haushaltsdisziplin anzumahnen.

4.3 Schweiz

Zwar weisen Deutschland und Österreich seit 2002 eine insgesamt bessere Reformbilanz als die Schweiz aus. Im letzten Jahr allerdings überwiegen Reformrückschritte, so dass für die Schweiz kaum Lehren abgeleitet werden könnten. Dies gilt auch für punktuelle Verbesserungen wie beispielsweise die Abschaffung der Erbschaftssteuer in Österreich, kennt doch die Schweiz diese Steuer auf Bundesebene nicht. Deutschland hat mit dem so genannten Nachhaltigkeitsfaktor in der gesetzlichen Rentenversicherung und mit der „Rente mit 67“ wichtige Vorarbeiten geleistet, um bei der Altersvorsorge den demographischen Herausforderungen zu begegnen. Damit werden die künftigen Entwicklungen im Verhältnis von Rentnern und Beitragszahlern stärker berücksichtigt. Dies trägt außerdem dazu bei, die Tragfähigkeitslücke in den Sozialversicherungen und den öffentlichen Haushalten zu begrenzen. In dieser Hinsicht ist das deutsche Vorgehen auch für die Schweiz beispielhaft, um die implizite Verschuldung einzudämmen.

In Ermangelung weiterer aktueller Lehrbeispiele aus Deutschland und Österreich sei daher kurz eine Reformskizze zitiert, die Avenir Suisse jüngst vorgestellt hat: „Aufschwung als Reformchance – Analyse der Wirtschaftsentwicklung und Reformskizze für eine prosperierende Schweiz“.²³ Stark interdependent sind dabei die Bereiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Insbesondere Fehlanreize in den Sozialsystemen behindern, dass das Angebot an Arbeitskräften besser ausgeschöpft wird. Das Zusammenspiel verschiedener, organisatorisch separat geführter Sozialversicherungen mit relativ hohen, oft kumulierbaren Leistungen kann dazu führen, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Ein Beispiel sind kombiniert bezogene Leistungen aus der Invalidenversicherung, der beruflichen Vorsorge und – eventuell – Leistungen aus der Unfallversicherung. Es ist daher wichtig, dass ein Leistungsbezug an Bedingungen geknüpft wird, welche die Eigeninitiative der Betroffenen fördern. In der Arbeitslosenversicherung wäre eine Senkung der Bezugsdauer bei jüngeren Arbeitnehmern angezeigt; denn deren durchschnittliche Zeit der Erwerbslosigkeit liegt deutlich unter der heute maximalen Bezugsdauer (400 Tagelöhner). Um Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch besser mobilisieren zu können, sind insbesondere Maßnahmen wie Tageschulen und Blockzeiten – also garantierte Betreuungszeiten an der Schule – notwendig, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern.

Im Bereich der Altersvorsorge findet die viel gepriesene Flexibilisierung praktisch nur nach unten statt. Gegen oben markiert das Alter von 65 Jahren nach wie vor das Ende des Berufslebens. Um dies zu ändern, müssen Regelungen abgeschafft werden, die eine Erwerbsarbeit nach 65 Jahren uninteressant machen oder gar ausschließen.²⁴

Im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik wäre eine Verlagerung von den direkten zu den indirekten Steuern angezeigt, da hohe direkte Steuern in der Regel negative Arbeits- und Innovationsanreize setzen. Ein zusammenhängendes Reformkonzept, das die Schwächen des Steuersystems in der Schweiz beseitigen will, könnte folgende Elemente enthalten: Die Unternehmensbesteuerung auf Bundesebene wird erheblich reduziert oder abgeschafft, was Spielraum der Kantone bei der Unternehmenssteuersätzen vergrößert. Steuerausfälle auf Bundesebene könnten durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kompensiert werden, die ihrerseits vereinfacht werden muss. Damit wäre auch der Bundeshaushalt weniger konjunkturabhängig, da speziell die Gewinnsteuern deutlich überproportional auf Konjunkturschwankungen reagieren.

²³ Bodmer/Iselin/Rentsch, 2007.

²⁴ Beck, 2007, S. 14.

5 Methodische Hinweise

Mit dem D A CH-Reformbarometer beurteilen das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Avenir Suisse, inwiefern Reformen die Bedingungen für Beschäftigung und Wachstum in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändern. Nach der Wiederwahl der rot-grünen Bundesregierung im September 2002 führten die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die WirtschaftsWoche und das IW das Reformbarometer als neuartiges Instrument der Politikfolgenabschätzung für Deutschland ein.²⁵ Im November 2005 legten IW, WKÖ und Avenir Suisse erstmals eine gemeinsame Studie vor. Seitdem präsentieren sie der Öffentlichkeit einmal im Jahr einen systematischen Vergleich der Reformpolitik in den drei Nachbarländern.²⁶

Als Grundlage für die Bewertung von Reformen dienen Kabinettsbeschlüsse, Maßnahmenpakete mit verbindlichem Charakter oder Regierungserklärungen, Gesetzentwürfe und endgültig verabschiedete Gesetze. In der Schweiz sind außerdem Volksabstimmungen relevant. Die Beurteilung richtet sich nach den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielen: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Senkung der Abgabenlast und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Alle Reformvorhaben werden danach bewertet, ob sie zur Erreichung dieser Ziele beitragen oder ob sie Beschäftigung und Wachstum eher behindern.

Die Analyse beruht auf volkswirtschaftlichen Theorien und wird im Einzelfall durch ordnungspolitisch fundierte Werturteile ergänzt. Der Gehalt eines Politikvorschlags wird dabei anhand seiner Nähe zur Gesetzeswirksamkeit bewertet; reine Ankündigungen, Absichtserklärungen und öffentliche Diskussionen bleiben daher außen vor. Zudem wird bewertet, was sich gegenüber der bisherigen Rechtslage (Status quo) verändert und nicht, was sich gemessen an den ordnungspolitischen Notwendigkeiten ändern müsste.

Das Reformbarometer erfasst drei Indikatoren: „Arbeitsmarktpolitik“, „Sozialpolitik“ sowie „Steuer- und Finanzpolitik“. Diese gehen zu je einem Drittel in den Gesamtindikator ein. Die Teilindikatoren setzen sich aus je elf bis 14 Kriterien zusammen, die einen quantitativen oder qualitativen Zugang zu einem theoretisch ableitbaren und ordnungspolitischen Urteil eröffnen. Der Wert eines Teilindikators ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen dieser Prüfsteine.

Die Ausgangswerte aller Kriterien und damit der Indikatoren sowie des Reformbarometers insgesamt wurden für September 2002 auf 100 Punkte gesetzt. Änderungen gegenüber dem Status quo werden positiv oder negativ in 10-Schritten bewertet. Werte über 100 signalisieren, dass die Politik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert hat; Werte unter 100 zeigen eine Verschlechterung an.

Die Indikatoren im Einzelnen.

Arbeitsmarktpolitik. Die grundlegende Richtung arbeitsmarktpolitischer Reformen besteht darin, Arbeit im Verhältnis zu den anderen Produktionsfaktoren günstiger und flexibler zu machen. Das in der regulären Wirtschaft geleistete Arbeitsvolumen soll steigen, um eine höhere

²⁵ Mit dem Antritt der großen Koalition in Deutschland wurde das Reformbarometer unter dem Titel „Merkelmeter“ inhaltlich um das Politikfeld „Governance“ (Modernisierung des Staates) erweitert. Zudem vergleicht das Merkelmeter die Reformpolitik in Deutschland mit dem Referenzszenario „Vision Deutschland – Was jetzt zu tun ist“ (IW Köln, 2005). Als Politikportal firmiert das Merkelmeter im Internet unter www.insm-merkelmeter.de.

²⁶ Eine ausführliche Beschreibung der Methodik findet sich in Scharnagel/Mahlich/Beck, 2006, S. 10 ff.

Wertschöpfung und mehr Wachstum zu ermöglichen. Strukturelle Arbeitslosigkeit ist zu verhindern bzw. abzubauen. Daher richtet sich bei diesem Indikator der Blick auf die folgenden Aspekte:

Regulierung des Arbeitsmarktes, z. B.:

- Gibt es weniger oder mehr staatliche Marktzutrittsbarrieren?
- Wird das Arbeitsrecht einfacher oder komplizierter?
- Werden Arbeitszeiten flexibler oder starrer?

Passive Arbeitsmarktpolitik, u. a.:

- Ändert sich die Bezugsdauer von Lohnersatzleistungen?
- Werden Transfers gesenkt oder erhöht?
- Fördert oder senkt die Abgabenbelastung niedriger Einkommen die Arbeitsaufnahme?

Aktive Arbeitsmarktpolitik, z. B.:

- Werden offene Stellen schneller oder langsamer wiederbesetzt?
- Steigt oder sinkt die Eingliederungsquote?
- Ändert sich die Reichweite aktiver Maßnahmen?

Sozialpolitik. Alle Sozialversicherungen, die als Umlagesystem organisiert sind, stehen vor den gleichen Problemen: steigende Ausgaben, demografische Veränderungen und Aushöhlung des Versicherungsprinzips. Entsprechend gibt es für die „Rentenversicherung“, „Krankenversicherung“ und „Pflegeversicherung“ (Deutschland) bzw. „Invalidenversicherung“ (Schweiz) drei einheitliche Kriterien. Eine positive/negative Bewertung erfolgt dann, wenn politische Maßnahmen dazu führen, dass

- die Ausgaben je Versicherten sinken/steigen,
- die Umverteilung zwischen den Generationen abnimmt/zunimmt oder
- das Versicherungsprinzip gestärkt/geschwächt wird.

Die „Lohnzusatzkosten“ sind ein weiterer Indikator. Auf ihn wirkt sich positiv/negativ aus, wenn:

- die Beitragssätze der Arbeitgeber zur Sozialversicherung sinken/steigen oder
- die Beitragsbemessungsgrenzen langsamer/schneller steigen als die versicherungspflichtigen Einkommen.

Steuer- und Finanzpolitik. Anhand dieses Indikators wird bewertet, welche Antworten die Politik auf die folgenden Fragen bietet:

- Ändert sich die Grenz- und Gesamtsteuerlast für Unternehmen?
- Steigt oder sinkt die Steuerlast der Bürger – beim Eingangs- und Spitzensteuersatz der Einkommensteuer sowie bei Verbrauchssteuern?

- Sind Steuerstruktur und -system wachstumsfreundlicher und einfacher geworden – oder bewirken Reformen das Gegenteil?
- Wie kommt die Haushaltskonsolidierung voran (Entwicklung der Staatsausgaben und des Finanzierungssaldos, Höhe der öffentlichen Investitionen und der Subventionen)?

6 Literatur

- Beck**, Alex, 2007, Bahn frei für ältere Arbeitskräfte, in: Die Volkswirtschaft – Das Magazin für Wirtschaftspolitik, 7/8–2007
- Bodmer**, Frank / **Iselin**, David / **Rentsch**, Hans, 2007, Aufschwung als Reformchance. Analyse der Wirtschaftsentwicklung und Reformskizze für eine prosperierende Schweiz, Zürich, Verlag Neue Züricher Zeitung für Avenir Suisse
- Bodmer**, Frank / **Beljean**, Tobias, 2005, Volkswirtschaftliche Auswirkungen der NFA – Schätzungen mit einem Gleichgewichtsmodell, Schlussbericht vom 31.10.2005, im Auftrag der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Finanzdirektorenkonferenz.
- Eekhoff**, Johann, 2005, Ordnungspolitik im Gesundheitswesen, Wirtschaftspolitische Blätter, 54 (2), 343–352
- Grömling**, Michael / **Plünnecke**, Axel / **Scharnagel**, Benjamin, 2007a, Was trägt die Politik zum Aufschwung in Deutschland bei?, in: IW-Trends, Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 34, Heft 3/3007, S. 43–57
- Grömling**, Michael / **Plünnecke**, Axel / **Scharnagel**, Benjamin, 2007b, Woher kommt der Aufschwung?, Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Köln
- OECD** – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2007a, Economic Outlook No 81, Annual and Quarterly Data, Paris
- OECD**, 2007b, Revenue Statistics, Paris
- IW Köln** (Hrsg.), 2005, Vision Deutschland – Was jetzt zu tun ist, Ein Reformkonzept für die neue Bundesregierung, Köln
- IW Köln – Arbeitsgruppe Konjunktur**, 2007, Wechsel der Antriebskräfte bei breiterem Risikoumfeld, IW-Konjunkturprognose – Herbst 2007, in: IW-Trends, Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 34, Heft 3/3007, S. 59–87
- IWF** – Internationaler Währungsfonds, 2007, World Economic Outlook Database, October 2007, Washington D. C.
- Scharnagel**, Benjamin / **Mahlich**, Jörg / **Beck**, Alex, 2006, Das D A CH-Reformbarometer, Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz, IW-Analysen, Nr. 23, Köln
- Scharnagel**, Benjamin, 2007, Schwarz-rote Halbzeitbilanz: Reformtief im Konjunkturhoch, Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln für das „Merkelometer“ im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der WirtschaftsWoche, Köln, 4.7.2007

7 Die beteiligten Institute

Avenir Suisse

Avenir Suisse wurde 1999 von 14 internationalen Schweizer Firmen ins Leben gerufen und hat heute eine immer breitere Trägerschaft auch von kleinen und mittleren Unternehmen und Privatpersonen. Als operative Stiftung und als unabhängiger Think Tank nach angelsächsischem Vorbild engagiert sich Avenir Suisse für die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwicklung der Schweiz. Avenir Suisse will frühzeitig relevante Themen definieren und zukünftigen Handlungsbedarf, aber auch Lösungsvorschläge und Denkanstöße aufzeigen. Zu diesem Zweck beauftragt Avenir Suisse wissenschaftliche Institute und Fachleute im In- und Ausland mit Analysen oder organisiert Tagungen, Debatten und Foren aller Art. Durch die verständliche und praxisnahe Aufbereitung der Studien und Ergebnisse will Avenir Suisse nachhaltige Impulse und Grundlagen für die öffentliche Debatte vermitteln.

Mehr Informationen unter: <http://www.avenir-suisse.ch>

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft e. V. (IW) ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es wird von Verbänden und Unternehmen der Wirtschaft getragen und vertritt eine klare marktwirtschaftliche Position. Das IW erarbeitet auf wissenschaftlicher Grundlage Analysen und Stellungnahmen zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, des Bildungs- und Ausbildungssystems sowie der gesellschaftlichen Entwicklung und vermittelt die Ergebnisse aktiv in Politik und Öffentlichkeit. Mitglieder sind Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, Fach- und Regionalverbände sowie Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistungssektor. Die rund 300 Mitarbeiter des IW und seiner Tochtergesellschaften arbeiten an den Standorten Köln (Zentrale), Berlin (Hauptstadtbüro) und in der Verbindungsstelle am Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel.

Mehr Informationen unter: <http://www.iwkoeln.de>

Wirtschaftskammer Österreich / Stabsabteilung Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) ist die gesetzliche Interessenvertretung aller österreichischen Unternehmen und hat derzeit ca. 350.000 Mitglieder. Die WKÖ (Bundeskammer) ist Teil der Wirtschaftskammerorganisation, die in jedem Bundesland über eine Landeskammer und 128 Fachorganisationen verfügt. Die Hauptaufgaben sind die Vertretung der Mitgliederinteressen auf allen Ebenen der Gesetzgebung (einschließlich der Europäischen Union), Servicedienstleistungen für die Mitglieder sowie die Exportförderung, die von über 100 Auslandsbüros (Außenhandelsstellen) übernommen wird.

Die Stabsabteilung Wirtschaftspolitik ist verantwortlich für die Meinungsbildung in wirtschaftspolitischen Fragen. Ihre thematischen Schwerpunkte umfassen u. a. Konjunkturbeobachtung, Regionalpolitik, Arbeitsökonomie sowie Forschungs-, Technologie und Innovationspolitik. Sie ist Herausgeber der Wirtschaftspolitischen Blätter, einer vierteljährlichen Publikation mit Fokus auf angewandte Wirtschaftspolitik in Österreich.

Mehr Informationen unter: <http://wko.at>

8 Die Autoren

Alex Beck, lic. rer. pol., geboren 1971 in St. Gallen; Ökonomiestudium an den Universitäten Bern und Glasgow, Schwerpunkte Finanz- und Wirtschaftspolitik; von 1997 bis 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sekretariat der Wettbewerbskommission, danach Senior Economist im Economic Research der Credit Suisse; seit Februar 2005 Projektleiter bei Avenir Suisse.

Dr. rer. soc. oec. **Jörg Mahlich**, geboren 1968 in Düsseldorf; Ökonomiestudium in Köln, Los Angeles, Wien und Kiel; nach zweijährigem Japanaufenthalt Dissertation am Austrian Research Center Seibersdorf über Innovationsdeterminanten in der Pharmaindustrie und Promotion an der Uni Wien; danach Berater bei der UNIDO und bei einer privaten Politikberatungsfirma; seit 2004 Ökonom bei der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Stabsabteilung Wirtschaftspolitik und Schriftleiter der „Wirtschaftspolitische Blätter“, einer vierteljährlichen Fachzeitschrift mit Fokus auf angewandte Wirtschaftspolitik.

Dr. rer. pol. **Benjamin Scharnagel**, geboren 1971 in Düsseldorf; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und an der Università Commerciale L. Bocconi in Mailand; von 1997 bis 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität zu Köln und gleichzeitig bis 2002 wissenschaftlicher Referent beim Deutschen Bundestag; 2002 Promotion in Köln zum Thema „Internationale Nichtregierungsorganisationen und die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter“; seit 2003 Referent im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Arbeitsbereich „Allgemeine Wirtschaftspolitik“; 2004 und 2005 Dozent für Mikroökonomik an der Kölner Journalistenschule; im September und Oktober 2007 Berater der International Finance Corporation (IFC)/Weltbank für das Projekt „Reform Index Egypt“ in Alexandria/Ägypten.